

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Der 1. Mai	1
Auf dem Weltkongref der Friedensanhänger	4
S. WAWILOW, P. BYKOW, W. CHRISSANOWA — Der Friede ist den Sowjetmenschen teuer	9
W. DUBOWIZKI — Eine Abmachung der Kolonisatoren	11
Internationale Umschau (Notizen)	15
A. MERKULOW — Frühling im rumänischen Dorf (Notizen eines Korrespondenten)	20
T. TERPIGOREW — In Täbris (Reisenotizen)	24
Kritik und Bibliographie:	
L. BORISSENKO — General Eisenhower fälscht die Geschichte	27
Chronik der internationalen Ereignisse	32

18

27. April 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

DER 1. MAI

DER 1. MAI ist der Tag, an dem die kämpferischen Kräfte der Werktätigen der ganzen Welt traditionsgemäß Heerschau halten, der Tag der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, der Tag, an dem die Forderungen des arbeitenden Volkes verkündet werden. Er ist der Tag des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Länder „im Kampf gegen jede Bedrückung und jede Knechtung des Menschen durch den Menschen, im Kampf für die Befreiung der Millionen Werktätiger von Hunger, Elend und Erniedrigung“ (Lenin). Im laufenden Jahr hat dieser Kampftag einen besonders tiefen Sinn.

Der 1. Mai wird von den Menschen der Arbeit in verschiedenen Ländern auf verschiedene Weise gefeiert. In dem großen Staat des siegreichen Sozialismus ist das ein Festtag, an dem die Erbauer der kommunistischen Gesellschaft ihre Errungenschaften feiern.

„Für einen neuen, machtvollen Aufstieg der Wirtschaft und der Kultur, für weitere Festigung der Macht des Sowjetstaates! Unter dem Banner Lenins, unter der Führerschaft Stalins vorwärts zum Siege des Kommunismus!“ — unter diesen Losungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) werden am 1. Mai 1949 die Kolonnen der Werktätigen des Sowjetlandes marschieren.

Die Sowjetunion schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Unmittelbar vor dem 1. Mai veröffentlichte die Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der Sowjetunion die Ergebnisse der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft im ersten Quartal 1949. Die Zahlen der Statistik sprechen von dem machtvollen Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft, von der Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.

Die erweiterten Planaufgaben sind übererfüllt, eine bedeutende Menge von Industriefabrikaten ist über den Plan hinaus geliefert worden. Im ersten Quartal 1949 lag die Bruttoproduktion der gesamten Industrie der Sowjetunion um 23 Prozent über der des ersten Quartals 1948. Die Vorbereitung auf die Frühjahrsfeldarbeiten ist erfolgreich vonstatten gegangen. Die Landwirtschaft

hat in diesem Frühjahr noch mehr Maschinen erhalten als im Frühjahr 1948 — nämlich 1,7mal soviel Traktoren, 2,2mal soviel Traktorenflüge und 2,3mal soviel Sämaschinen. Die Steigerung der Kapitalaufwendungen in der Volkswirtschaft, das Ansteigen des Güterumschlags und des Warenumsatzes charakterisieren die Erfolge des sowjetischen Wirtschaftslebens. Die Zahl der Arbeiter und der Angestellten ist im ersten Quartal des laufenden Jahres um 1,4 Million größer als im ersten Quartal des vorigen Jahres.

Im ersten Quartal des Jahres 1949 wurden um 15 Prozent mehr Lebensmittel und um 38 Prozent mehr andere Waren verkauft als im ersten Quartal 1948. Dies spricht von dem zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung. Durch die Senkung der Kleinhandelspreise im Laufe des Jahres 1948 hat die Bevölkerung insgesamt etwa 86 Milliarden Rubel gewonnen. Im ersten Quartal des Jahres 1949 wurde eine neue Senkung der Preise für Massenbedarfsartikel durchgeführt. Im Laufe des Jahres 1949 wird die Bevölkerung durch diese Preissenkung abermals etwa 71 Milliarden Rubel gewinnen. Dies bedeutet eine beträchtliche Steigerung des Reallohns der Arbeiterschaft und der Intelligenz und eine wesentliche Senkung der Ausgaben der Bauern beim Einkauf von Industriewaren.

Die Erfolge der Volkswirtschaft und das Ansteigen des Volkswohlstands in der Sowjetunion nehmen sich besonders imposant aus neben den wachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten und der zunehmenden Vereelendung der Bevölkerung in den Ländern der kapitalistischen Welt, die Vereinigten Staaten und England mit inbegriffen. Jede neue Wirtschaftsmaßnahme der britischen Regierung, dieser Hauptverbündeten der Vereinigten Staaten und Hauptbeteiligten des Marshallplans, ist begleitet von einer Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung, von einem Rückgang des Reallohns, von einer Verteuerung der Lebenshaltung.

In den Vereinigten Staaten, deren regierende Clique Ansprüche auf die führende Rolle in der ganzen Welt erhebt, indem sie die imaginären Vorzüge der „amerikanischen Lebensweise“ so unverfroren ausschreit, hat die Statistik in letzter Zeit hauptsächlich die Zahl der Arbeitslosen zu

registrieren. Fünf Millionen Vollarbeitslose (nach Gewerkschaftsangaben) und 9,5 Millionen Kurzarbeiter — das sind die letzten Zahlen, mit denen die amerikanische Statistik prunkte. Die herannahende Wirtschaftskrise aber droht neue Millionen Werktätige arbeitslos zu machen.

Aus den knappen Formulierungen und den trockenen Zahlen der Statistischen Zentralverwaltung ersteht in all seinen leuchtenden Farben das vielseitige, fruchtbare Schöpferleben der Arbeiterklasse, der Kollektivbauernschaft, der Intelligenz des blühenden Sowjetlandes. Von dem Atem dieses Lebens ist auch der in den Tagen vor dem 1. Mai in Moskau stattfindende X. Kongreß der Gewerkschaften durchdrungen. Schon die Zusammensetzung der Delegiertenschaft dieses Kongresses ist ein beredtes Zeugnis für die allseitige Entwicklung der Arbeiterklasse der Sowjetunion. Unter den Vertretern von 28,5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Werktätiger findet man Arbeiter, Neuerer der Produktion, Ingenieure und Techniker, Vertreter der fortschrittlichen Sowjetwissenschaft, Gewerkschafter, Schriftsteller, Schauspieler. Unter den Kongreßdelegierten befinden sich mehr als 50 Helden der Sowjetunion und Helden der Sozialistischen Arbeit sowie 150 Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR bzw. von Obersten Sowjets der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken. 71 Prozent der Delegierten des Kongresses haben Hochschul- bzw. Mittelschulbildung. Als erster Delegierter zum X. Kongreß ist der große Führer des Sowjetvolkes, Genosse Stalin, gewählt worden; auch seine nächsten Kampfgefährten, die Führer der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung, wurden zu Kongreßdelegierten gewählt.

Der Kongreß der Gewerkschaftsverbände der Sowjetunion ist eine Demonstration der unver sieglichen Schaffenskräfte des Sowjetvolkes, der Macht seiner friedlichen Arbeit. Dieser Kongreß ist ein wahrhaft internationales Ereignis.

In der überzeugenden Sprache der Zahlen und Tatsachen spricht das Leben von den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolgen der Sowjetunion und seiner Arbeiterklasse. Aber das Sowjetvolk hat, ebenso wie die Werktätigen anderer Länder, diese Erfolge niemals für seine Errungenschaft allein gehalten. Diese Erfolge sind Errungenschaften der ganzen fortschrittlichen Menschheit, für die die Sowjetunion der nie erlöschende Leuchtturm ist, der den Weg zur Befreiung von den Ketten der kapitalistischen Sklaverei, den Weg zum wahren Fortschritt weist. Deshalb sprechen die Werktätigen alljährlich am 1. Mai in allen Ländern des Erdballs von diesen Erfolgen als von ihrer ureigenen Angelegenheit.

Wo die Arbeit bereits von der Macht des Kapitals frei ist, steht die Feier des 1. Mai Jahr für Jahr im Zeichen neuer Siege und neuer Errungenschaften. Das Lager des siegreichen Sozialismus ist im abgelaufenen Jahr noch stabiler und stärker geworden. Die ökonomischen Erfolge und der soziale Fortschritt, die neuen Kampferfolge auf dem Wege zum Sozialismus bestimmen den Charakter der Maßnahmen, die die Werktätigen der Länder der Volksdemokratie aufstellen. „Vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus!“ steht auf ihren Maibannern geschrieben.

In den Staaten der kapitalistischen Welt, in den Kolonien und abhängigen Ländern, in den von Imperialisten besetzten Ländern, in Staaten, die vom Joch eines faschistischen Regimes niedergedrückt werden, ist der 1. Mai ein Tag des Kampfes für die Lebensforderungen der Werktätigen, für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten, in vielen Fällen die allerelementarsten. Mit jedem Jahre wächst und erstärkt die Kampffront derjenigen, die nach den Worten des unsterblichen Lenin am 1. Mai ihr Erwachen zu einem bewußten Leben feiern.

In diesem Jahr werden die Maibanner entrollt im Rauch und Feuer der Volksbefreiungskriege in China und Vietnam, in Indonesien, Birma und Malaya. Wie sehr die Kolonialjobber und die imperialistischen Politiker der nach Weltherrschaft strebenden Mächte auch wüten und toben mögen, sie kommen nicht um die Tatsache herum, daß die Kräfte der für ihre Befreiung von den imperialistischen Räubern kämpfenden Völker unbesiegbar sind. Am 1. Mai erklingen beim Kampfappell der in der demokratischen Front stehenden Kräfte die Stimmen der Kolonialvölker immer machtvoller. Es ist jetzt bereits unmöglich, diese Stimmen zu ersticken — wie viele Milliarden die amerikanischen Bankiers auch noch in den unersättlichen Rachen des verfaulten Kuomintangregimes werfen, welche Massen Kriegsmaterial sie auch den französischen oder den holländischen Kolonialtruppen zur Verfügung stellen, wie viele malaiische Dörfer die englischen Labourbehörden auch noch mit ihren Flammenwerfern niederbrennen mögen.

Im Zuge der Vorbereitung zu einem neuen Krieg um die gewaltsame Errichtung ihrer Weltherrschaft haben die amerikanischen und britischen Imperialisten eine Anzahl Länder in einen Vertrag hineingezogen, zu dessen unmittelbaren Aufgaben die bewaffnete Unterstützung der reaktionären Staatssysteme gehört gegen jeden Versuch des Volkes jedes beliebigen Landes, seine demokratischen Rechte durchzusetzen. Aus Angst vor der alles besiegenden Kraft der Ideen des

Kommunismus, vor der Volksbefreiungsbewegung in den Kolonien wollen die Teilnehmer des Nordatlantischen Vertrages Westeuropa in ein bewaffnetes Lager verwandeln, wo die reaktionären Staatssysteme mit amerikanischen Kanonen ihre Positionen gegen die Völker verteidigen könnten. Der Bund der Aggressoren arbeitet hastig an der Vorbereitung neuer Kriege. Im abgelaufenen Jahr haben die Pläne der Kriegsbrandstifter mit aller Augenscheinlichkeit Gestalt angenommen. Zugleich damit aber haben auch die diesen Plänen entgegenstehenden Kräfte Gestalt und unermeßlich viel Stärke gewonnen.

Die Vertreter und Lakaien der amerikanischen Monopole fuchtern immer erbitterter mit den Fackeln eines neuen Krieges. Die hysterische Forderung, Dutzende von Millionen Menschen durch Atombomben und bakteriologische Mittel auszurotten, ist ein Wahnwitz nicht nur der psychisch labilen Vertreter des britisch-amerikanischen Imperialismus. Nein, es ist die Tollwut der Kapitalistenklasse, die von der Geschichte zum Abtreten verurteilt ist und die auf der Suche nach einer Möglichkeit zur Verzögerung ihres Untergangs bestrebt ist, die Menschheit in die Hölle eines neuen Krieges zu stürzen.

Diesen Absichten ist keine Verwirklichung beschieden. Den Kräften der Reaktion und des Krieges stehen jetzt viel größere Kräfte des Fortschritts und des Friedens entgegen. Die Tage vor dem 1. Mai 1949 sind durch eine imposante Demonstration der demokratischen Kräfte, der Kräfte des Friedenslagers gekennzeichnet. Der Weltkongreß der Friedensanhänger, der — selbst nach minimalen Berechnungen! — 600 Millionen Mitglieder verschiedenster Organisationen vertritt, hat den Willen des einfachen Menschen aller Länder der Welt kundgetan — den Willen zum Frieden. „Dauerhafter Friede und Völkersicherheit!“ — diese Forderung überwiegt alle anderen, diese Forderung ist für alle Völker die grundlegende und wichtigste. Die beste Garantie für einen dauerhaften Frieden aber ist die Freundschaft der Völker der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Englands. Ohne Zweifel wird die Mailosung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) — „Es lebe das brüderliche Bündnis der Völker Englands, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion in ihrem Kampf für den Frieden!“ — bei den Massen der Werktätigen der ganzen Welt den lebhaftesten Widerhall finden.

Die Quertreibereien und Absichten der Kriegsbrandstifter bringen das Schicksal der Menschheit in Gefahr. Schon jetzt werden viele Länder durch diese Quertreibereien zurückgeworfen, werden der Arbeiterklasse Errungenschaften, die sie seit langem besaß, geraubt.

Der Kampf für den Frieden ist zugleich auch ein Kampf für die demokratischen Rechte des Volkes. Beides hängt unauflöslich miteinander zusammen. Der Weltkongreß der Friedensanhänger zeigt, um wieviel besser die Volksmassen diese gegenseitige Bedingtheit schon jetzt begreifen.

Die Aufgabe der fortschrittlichen Menschen und der progressiven Organisationen der ganzen Welt besteht darin, ausnahmslos jedem Menschen in allen Ländern des Erdballs zum Bewußtsein zu bringen, daß der dauerhafte Friede, den alle Völker aufrichtig anstreben, vor allem von den persönlichen Bemühungen eines jeden von uns abhängt. Die Kräfte des Krieges scheuen das Tageslicht. Aber die Imperialisten können das Geheimnis, unter dem der Krieg geboren wird, nicht mehr verhüllen, wie sie das früher getan haben.

„Es gilt, unsere Bemühungen zu organisieren und mit allen Mitteln für den Frieden zu kämpfen. Es gilt, in enger Zusammenarbeit mit allen Friedensanhängern in allen Ländern, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Nationalität, der politischen und religiösen Anschauungen, eine Weltfront des Kampfes für den Frieden, gegen die Kriegsbrandstifter zu schaffen.“

Wenn die Werktätigen ihren unerschütterlichen Entschluß, die Entfesselung eines Krieges nicht zuzulassen, klar zum Ausdruck bringen und ihren ganzen Willen nach der notwendigen Organisiertheit und Einheit bekunden, so kann der Krieg abgewendet werden“, erklärt die Weltföderation der Gewerkschaften in ihrem Maiaufruf an die Werktätigen der ganzen Welt.

Die Kräfte des Friedens betätigen sich offen, vor aller Augen, und es gibt keinen einzigen ehrlichen Menschen auf der ganzen Welt, der nicht die Tatsache begrüßte, daß die Werktätigen aller Länder der 1. Mai 1949 unter den Bedingungen der anwachsenden und sich zusammenschließenden, erstaarkenden Kräfte des Lagers des Friedens und der Demokratie feiern, unter der Losung: „Der Schutz des Friedens ist die Sache aller Völker der Welt! Entlarvt die aggressiven Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges! Schließt alle Kräfte zusammen zum Kampf für einen dauerhaften Frieden und für die Sicherheit der Völker!“

Auf dem Weltkongreß der Friedensanhänger

PARIS—PRAG

Das Frühjahr 1949 ist durch einen beispiellosen Aufschwung der Völkerbewegung zum Schutze des Friedens gekennzeichnet. Hunderte Millionen Menschen in allen Ländern der Welt haben sich zusammengeschlossen in dem Bemühen, einen Schlag gegen die Pläne der Kriegsbrandstifter zu führen. Was gegenwärtig in Europa und Asien, auf allen Kontinenten, in allen Teilen der Welt vorgeht, kann mit Recht als eine in der Geschichte niemals dagewesene Demonstration der Völker für Frieden und internationale Zusammenarbeit, gegen die Politik der Aggression und der imperialistischen Räuberei bezeichnet werden.

Ein Ausdruck für den unbeugsamen Friedenswillen der Volksmassen ist der Weltkongreß der Friedensanhänger, der am 20. April in Paris eröffnet wurde. Hier traten 1784 Delegierte — Vertreter von 72 Ländern und 10 größten internationalen Organisationen — zusammen, um das zum Ausdruck zu bringen, was die einfachen Menschen in allen Ländern denken und wollen. Gleichzeitig mit den Sitzungen in Paris versammelten sich 275 Delegierte, die von der Regierung Queuille nicht in die französische Hauptstadt gelassen worden waren, auf einem Parallelkongreß in Prag.

Paris, das die Delegierten schon vieler internationaler Konferenzen und Kongresse in seinen Mauern empfing, hat eine so repräsentative und imposante Versammlung wie den Weltkongreß der Friedensanhänger noch nicht gesehen. Am Eröffnungstage des Kongresses nahmen Vertreter der Völker fast aller Länder ihre Plätze im Pleyel-Saal ein. Die Fahnen von 72 Nationen, die über der Tribüne hingen, symbolisierten die Zusammenarbeit der Völker, ihr Bestreben, in Frieden und Freundschaft zu leben, ihren Willen, für die wichtigsten Probleme der Gegenwart eine Lösung zu finden. Die Kongreßreden wurden in Dutzenden Sprachen gehalten, aber es schien, als ob jeder Kongreßteilnehmer sie ohne Übersetzung verstände, denn Worte wie „Friede“, „Freundschaft“, „Zusammenarbeit“ finden einen einfachen und kurzen Weg zu den Herzen einfacher Menschen.

Die internationale Reaktion, die von ihren Wall-Street-Gebietern angefeuert wird, bemühte sich vergeblich, den Kongreß zu verhindern. Die Presse der Monopole versuchte, die Vorbereitung des Kongresses zu verschweigen, sie verleumde seine Organisatoren, sie beschimpfte die Vertreter der Arbeit, der Wissenschaft und der Kunst, die sich unter dem Banner des Friedens versammelten. Die französische Regierung verschloß vielen Delegierten die Grenzen Frankreichs. Aber vor dem mächtigen Ausdruck des Völkerwillens glichen alle diese Schliche Bemühungen von Zwergen.

Das friedeliebende Frankreich, das Frankreich der Arbeiter und Bauern, der Gelehrten und Denker, der Künstler und Musiker, erwies den Kongreßdelegierten großzügig Gastfreundschaft. Hunderte von Parisern standen seit dem frühen Morgen vor dem Gebäude, wo die Kongreßsitzungen eröffnet werden sollten, um die Sendboten des Friedens zu begrüßen, die aus fernen und nahen Ländern herbeigekommen waren, um ihre Bemühungen zum Kampf gegen die Organisationen aggressiver Blocks, zum Schutze der friedlichen Arbeit und der Völkersicherheit zu vereinigen.

Die erzreaktionäre Pariser Zeitung „Aurore-France Libre“ schrieb in diesen Tagen, die Friedensanhänger seien ein von Moskau erfundener neuer Menschenschlag. Mit seinem Versuch, die Kongreßteilnehmer anzuschwärzen, verriet das Boulevardblättchen nur seine Angst vor dem Zusammenschluß der fortschrittlichen Kräfte, denn jeder begreift, daß die Friedensanhänger keine „Moskauer Erfindung“ sind. Gegen den Krieg sind die Bergleute Frankreichs ebenso wie die Ackerbauer Vietnams, die Farmer der Vereinigten Staaten ebenso wie die Arbeiter Polens. Den Krieg hassen alle ehrlichen Menschen, die von der Arbeit ihrer Hände und ihres Hirns leben. Eben dadurch erklärt sich der gleich vom ersten Tage an vorhandene lebendige und unmittelbare Kontakt zwischen den Delegierten des Weltkongresses und den zahlreichen Friedensanhängern in Frankreich und in anderen Ländern, die auf jedes vom Kongreß gesprochene Wort lauschten.

Die Eröffnungsrede auf dem Kongreß in Paris hielt der bekannte französische Gelehrte Frédéric Joliot-Curie. Im Namen aller fortschrittlichen Gelehrten rief Joliot-Curie die Völker der Welt dazu auf, sich im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter zusammenzuschließen. Er warnte die Gelehrten vor Passivität und Gleichgültigkeit und forderte sie auf, zu verhindern, daß die Wissenschaft für die aggressiven Pläne der heutigen Weltherrschaftsprätendenten ausgenutzt wird. Das mutige Auftreten des prominenten französischen Physikers beweist, daß die ehrlichen Männer der Wissenschaft sich berufen fühlen, dem Volke und nicht seinen Feinden zu dienen, daß sie, um mit Joliot-Curies Worten zu reden, bereit sind, „denen, die gemeinsam mit uns den Frieden wollen, die Mittel für den Schutz des Friedens zu geben“.

Die berüchtigte „Stimme Amerikas“ brachte in einer ihrer letzten Sendungen zum Pariser Kongreß heuchlerische Beunruhigung darüber zum Ausdruck, daß die Ideen des Friedens sich der Köpfe „politisch naiver“ Physiker und Mathematiker bemächtigen könnten. Die Stimme der amerikanischen Börsenhyänen zittert davor, daß die besten Wissenschaftler sich weigern werden, ihre Kenntnisse in den Dienst der Kriegsbrandstifter zu stellen, weil sie erkannt haben, welche Gefahr die imperialistische Reaktion den Völkern bringt. Aber der amerikanische Rundfunk irrt sich, wenn er von der „Naivität“ der Männer der Wissenschaft redet. Viele von ihnen haben den „Elfenbeinturm“ längst verlassen und sind vorbehaltlos auf die Seite des Friedenslagers getreten.

Nach der Wahl des Präsidiums, in das die bekanntesten Vertreter der Öffentlichkeit, die namhaftesten Politiker, Gelehrten und Künstler Frankreichs, Englands, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Italiens, Finnlands, Belgiens, Bulgariens, Kubas, Ungarns, Uruguays, Venezuelas, Jugoslawiens und anderer Länder aufgenommen wurden, erörterte der Kongreß die auf der Tagesordnung stehenden Fragen.

Auf der Tribüne des Pleyel-Saals erschien eine Persönlichkeit nach der anderen, deren Namen der ganzen Welt bekannt sind. Sie brandmarkten die Zusammenzimmerung aggressiver Blocks, eine Politik, die in der Unterzeichnung des Nordatlantischen Vertrages ihren Ausdruck gefunden hat. Sie forderten die Völker auf, zusammenzustehen und das Recht des einfachen Menschen auf friedliche Arbeit und ruhige Existenz zu behaupten.

Auf den Pariser Kongreßsitzungen ergriffen das Wort: Pietro Nenni, der Führer der italienischen Sozialisten, der frühere Minister Yves Farge, ein angesehener Vertreter der französischen

Öffentlichkeit, der Neger Paul Robeson, ein berühmter amerikanischer Sänger, Konni Zilliacus, labouristisches Mitglied des englischen Unterhauses, Eugénie Cotton, die Präsidentin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, Lombardo Toledano, der Vorsitzende der Arbeitskonföderation der Werkältigen Lateinamerikas, der polnische Gelehrte Jan Dembowski, Albert Berecki, Bischof der reformierten Kirche Ungarns, der italienische Geistliche Dozza, der tschechoslowakische Delegierte Dr. Plojhar und viele andere. Mit größter Aufmerksamkeit hörten die Kongreßteilnehmer die Rede des Schriftstellers Alexander Fadejew, des Führers der Sowjetdelegation, an.

In dem Bestreben, die Aufgaben des Kongresses zu entstellen und den Sinn der heutigen Bewegung zum Schutze des Friedens zu verdrehen, bemühte sich die im Dienste der amerikanischen Imperialisten stehende reaktionäre Presse, den Eindruck hervorzurufen, als ob der Weltkongreß nur die Spaltung zwischen den Völkern und Staaten vertiefen und somit nicht zu einer Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beitragen werde.

Scharf zurückgewiesen wurde diese Verleumdung von Pietro Nenni. Dieser Redner erklärte:

„Unser Kongreß stellt die Völker nicht vor das Dilemma, die Wahl zu treffen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika, zwischen der Atombombe sowie den Bestrebungen der Gesellschaftsklassen, die von der Geschichte zum Verschwinden verurteilt sind, einerseits, und der Sowjetarmee, die an und für sich ein Machtfaktor des Fortschritts ist, anderseits... Dieser Kongreß stellt alle Völker der Welt vor die Wahl zwischen einer Politik des Friedens und der kollektiven Sicherheit, — und einer Politik des Krieges und der falschen Sicherheit, einer Politik des Wettrüstens, wie sie die Männer und Regierungen betreiben, die hinter dem Atlantikpakt stehen.“

Der Sowjetschriftsteller Alexander Fadejew begann seine Rede mit der Bemerkung, er trete in Paris als Propagandist auf — als ein Propagandist des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft. Die imperialistischen Politiker versuchen, aus dem Wort „Propaganda“ ein Schreckgespenst zu machen. Da sie keine sachlichen Argumente haben, versuchen sie, jedes Wort, das zur Verurteilung des Krieges und zum Schutze des Friedens gesprochen wird, in Bausch und Bogen als „Propaganda“ zu verunglimpfen. Aber dieser Kniff hat in unseren Tagen immer weniger Erfolg. Gibt es doch Propaganda und Propaganda. Von der Propaganda der Kriegsbrandstifter wollen

die Völker nichts mehr hören. Der Propaganda des Menschenhasses waren sie schon zu Goebels' Zeiten überdrüssig. Aber auf jedes zum Frieden rufende Wort lauschen gierig Millionen Menschen in allen Ländern.

Das ist der Grund, weshalb die Sowjetdelegation auf dem Weltkongreß so viel Aufmerksamkeit fand. Die vom Sowjetstaat betriebene konsequente Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft hat bei der Weltöffentlichkeit um so größeres Gewicht, als sie die Politik eines Landes ist, das den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus und zur Befreiung der Menschheit vom Hitlerjoch geleistet hat. Die Völker schätzen nach Gebühr die Tatsache, daß die Sowjetunion — eine der größten Mächte der Welt — gleichzeitig auch die friedfertigste Macht ist, die ihre Politik nicht auf den Prinzipien grober Gewalt, auf der Vergewaltigung des Willens anderer aufbaut, sondern auf den Prinzipien der Gleichberechtigung der Staaten und Völker, ehrlicher internationaler Zusammenarbeit und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern. Der Schriftsteller Ilja Ehrenburg sagte in seiner Rede:

„Wir wenden uns nicht nur an unsere Gesinnungsgenossen, sondern an alle Menschen guten Willens, seien sie Marxisten oder Kantianer, Freidenker oder Katholiken. Wir sind nicht hierhergekommen, um einander die Richtigkeit unserer Ideen oder die Überlegenheit unserer Gesellschaftsordnung zu beweisen. Wir ziehen es vor, dies durch Arbeit, durch Schaffen, durch die Aufwärtsentwicklung des Sowjetstaats zu beweisen. Wir sind hierhergekommen, um allen Menschen, die wirklich den Krieg hassen, die Hand hinzustrecken. Ihrer sind viele, sehr viele, ihrer sind so viele, daß sie nicht gezählt werden können...“

Als von der Kongreßtribüne die sowjetische Delegierte Lubow Kosmodemjanskaja sprach — die Mutter zweier Helden der Sowjetunion, die ihr junges Leben im Kampf gegen die hitlerfaschistischen Eindringlinge hingegeben haben —, da sprach sie im Namen der ungezählten Mütter, die ihre unwiederbringlichen Verluste bis auf den heutigen Tag beweinen. Durch den Mund des sowjetischen Fliegers Alexej Maressjew, der im Krieg beide Beine verlor und dennoch im aktiven Dienst blieb, sprachen Millionen Kriegsveteranen, Millionen junger Menschen aller Nationen, mit deren Leben die britisch-amerikanischen Imperialisten erneut ihr Spiel treiben wollen.

Der Vertreter der orthodoxen Kirche Russlands, der Metropolit Nikolai, und der Delegierte der australischen Hafenarbeiter, Lockwood, der belgische Professor Ccsyns und der amerikanische Gewerkschafter Henderson, der Negergelehrte

Du Bois und die Vertreterin Vietnams, Ta Ti Lien — alle Kongreßteilnehmer sprachen, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer Religion und ihren politischen Anschauungen, davon, daß die Völker die Gefahr bannen müssen, die über der Menschheit heraufgezogen ist.

„Ich rufe alle Kulturschaffenden, unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, von ihren politischen und religiösen Überzeugungen, dazu auf, die gewaltige Stimme des Humanismus — des Humanismus, den die Besten jeder Nation uns als Vermächtnis hinterlassen haben — gegen die Kriegsbrandstifter und gegen ihre Vorsänger und Nachbeter zu erheben“, sagte der Sowjetschriftsteller A. Fadejew auf dem Kongreß. „Wir sind verpflichtet, diese Stimme im Interesse der Frauen und Mütter zu erheben, die unsere Söhne und Töchter gebären. Wir sind verpflichtet, sie zu erheben im Interesse unserer Söhne und Töchter, denn von uns hängt sowohl ihr Leben als auch ihre moralische Zukunft ab.“

* * *

Alle, die geglaubt hatten, daß die Verweigerung des Visums für eine Anzahl von Delegationen des Weltkongresses der Friedensanhänger dessen Arbeit behindern werde, haben sich schwer verrechnet. Die Manipulationen der französischen Behörden waren zwecklos. Die Vertreter von 20 Ländern Europas und Asiens, die nicht nach Paris reisen durften, versammelten sich in der Hauptstadt der Tschechoslowakei. Der Kongreß hielt seine Sitzungen also in zwei Hauptstädten ab. Durch seine gleichzeitigen Tagungen in Paris und in Prag erhielt der Kongreß der Friedensanhänger die größte politische Resonanz.

... Ein einheitlicher Kongreß, einheitliche Delegationen, eine gemeinsame Tagesordnung, eine gemeinsame Kampfstimme. Was tat es, daß Paris und Prag hunderte Kilometer auseinanderliegen! Hier halfen das Telephon, die Tonaufnahme, hier halfen Flugzeuge und Filme. Mit einer Verspätung von ein paar Stunden erfuhrn die Delegierten in Paris noch am gleichen Tage, was in Prag geschehen war, mit einer Verspätung von 24 Stunden bekam man in Prag alle in Paris gehaltenen wichtigsten Reden zu hören.

Die Eröffnung des Prager Teils des Weltkongresses erfolgte gleichfalls in den Morgenstunden des 20. April. In einem festlich geschmückten Saal versammelten sich 275 Vertreter Polens, der Tschechoslowakei, der Vereinigten Staaten, des demokratischen Chinas, der Sowjetunion, Ungarns, des republikanischen Spaniens, Deutschlands, Koreas, der Mongolischen Volksrepublik,

des demokratischen Griechenlands, Rumäniens, Jugoslawiens, der Indonesischen Republik, Irans, Österreichs, Italiens und anderer Länder.

Das alte slawische Prag empfing den Kongreß der Friedensvorkämpfer mit größter Gastfreundschaft. „Für den Frieden!“ — diese Worte schallten durch die Hauptstadt. Sie waren mit riesigen Buchstaben auf zahlreiche Spruchbänder geschrieben, sie waren auf Autobussen und Automobilen zu lesen, sie prangten in Schaufenstern und auf bunten Fähnchen.

Die Regierung und die Massenorganisationen der tschechoslowakischen Hauptstadt umgaben die Kongreßteilnehmer mit der größten Aufmerksamkeit. Den Kongreßdelegierten wurde das großartige Gebäude der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt. Machten in Paris die Mitglieder der französischen Regierung und die rechtsstehenden Parlamentsabgeordneten einen großen Bogen um den Pleyel-Saal, womit sie zeigten, daß sie mit der Sache des Friedens nichts zu tun haben wollen, so wohnten den Kongreßsitzungen in Prag namhafteste Politiker und Vertreter der tschechoslowakischen Öffentlichkeit, Mitglieder der Regierung und des Parlaments bei. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß tschechoslowakische Gelehrte, Schriftsteller, Schauspieler, Bauern, Arbeiter und Angestellte aus Prager Betrieben und Büros als Gäste den Sitzungen bewohnten.

Dr. John, der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Nationalversammlung, erklärte bei Eröffnung der Kongreßsitzung:

„Diejenigen, die den Frieden wollen — und die Tschechoslowakei hat stets nach Frieden gestrebt —, haben keinen Anlaß, die Stimme des Friedenschutzes zu fürchten. Der Friede ist nicht die Angelegenheit eines einzelnen Volkes oder eines einzelnen Staates, ebenso wie er nicht die Angelegenheit einer einzelnen Stadt ist. Der Friede gehört denjenigen, die ihn aufrichtig und ehrlich wollen...“

Dann hielt Jan Drda, Vorsitzender des Verbandes tschechoslowakischer Schriftsteller und Mitglied des Tschechoslowakischen Vorbereitungskomitees, eine eindrucksvolle Rede. Die Versammlten beschlossen, ein mit dem Pariser Kongreßteil gemeinsames Präsidium zu wählen. Zum Vorsitzenden des Prager Kongreßteils wurde Jan Drda gewählt.

Nach Beschußfassung über organisatorische Fragen begrüßte Dr. V. Vacek, der Primator der Stadt Prag, die Delegierten. Mit großer Aufmerksamkeit wurde die Rede eines der tschechoslowakischen Delegierten, des tschechoslowakischen Informations- und Kultusministers V. Kopecky,

angehört, der eingehend von der Bedeutung des Kongresses für die Festigung der Völkerweltfront des Kampfes für den Frieden sprach, an deren Spitze die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie marschieren. Jedesmal, wenn die Redner den Namen Generalissimus J. W. Stalins aussprachen, erhob sich der ganze Saal zu lang anhaltendem donnerndem Beifall.

Die in Prag versammelten Delegierten begrüßten die Teilnehmer des Pariser Kongreßteils und nahmen eine Protestresolution an gegen die Weigerung, einen bedeutenden Teil der Delegierten des Weltkongresses nach Paris zu lassen.

Die Reden der Delegierten in Prag zeichneten sich durch die gleiche Klarheit, Tapferkeit und Zielstrebigkeit aus, die die Arbeit des Pariser Kongreßteils charakterisierten. Von Delegierten und Gästen warm begrüßt, führte Professor Kuomodscho, der Leiter der chinesischen Delegation, ein bekannter Gelehrter, Schriftsteller und Vertreter der Öffentlichkeit des demokratischen Chinas, in seiner Rede aus:

„Die Kräfte des Lagers des Friedens und der Demokratie wachsen und erstarken. Die Sowjetunion verwirklicht erfolgreich ihren Nachkriegsfünfjahrplan. In den volksdemokratischen Ländern Osteuropas verbessert sich die Lage mit jedem Tag. Im Fernen Osten entbrennt bald hier, bald da ein grandioser nationaler Befreiungskampf. In den imperialistischen Ländern erwachen die Völker gleichfalls und schließen sich zusammen. Das von der Sowjetunion geführte friedfertige demokratische Lager, das immer größer und stärker werden wird, vermag den Kriegsbrandstiftern eine entscheidende Niederlage beizubringen... Das chinesische Volk will den Krieg nicht, es will den Frieden. Unsere nationale Lösung war stets: ‚Der Friede ist uns teuer‘. Aber wir wollen einen demokratischen, keinen falschen Frieden...“

Leidenschaftliche und inhaltsreiche Reden hielten auch die Schriftstellerin Sophia Nalkowska, die Leiterin der polnischen Delegation, der Bulgarie Paschoff, Zedenbal, der Leiter der mongolischen Delegation, der rumänische Delegierte Akademiker Stefan Milcu, Vertreter Irans, Griechenlands, Deutschlands, des republikanischen Spaniens und andere Delegierte. Stürmischer Beifall unterbrach wiederholt die Reden der sowjetischen Delegierten — S. Gagarinas, der stellvertretenden Vorsitzenden des Antifaschistischen Frauenkomitees der Sowjetunion, A. Palladins, des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, und des Schriftstellers Konstantin Simonow.

Die Kongreßteilnehmer wurden von zahlreichen Delegationen der Werktätigen der Tschecho-

slowakei begrüßt. Vertreter des Genossenschaftsverbands brachten gigantische Bündel „Friedenshefte“ herbei, die die Unterschriften von 4,5 Millionen Menschen aufwiesen. Allein im Laufe von zwei Tagen erhielt der Kongreß 1280 Telegramme, Resolutionen und Erklärungen aus allen Gegenden der Tschechoslowakei sowie aus dem Ausland. In Betrieben und Ämtern, in Lehranstalten und Dörfern fanden stark besuchte Kundgebungen statt, deren Teilnehmer sich mit dem Weltkongreß der Friedensanhänger solidarisch erklärten.

Im Sitzungssaal und in den Wandelgängen des Kongresses trafen sich die Vertreter vieler Länder und Nationen in freundschaftlicher Atmosphäre.

Da unterhält sich die starke Delegation des demokratischen Chinas mit Gästen des Kongresses. Unweit davon steht der Kongreßdelegierte Miltiades Porphyrogenis, ein Mitglied der demokratischen Regierung Griechenlands. Neben ihm stehen drei Kinder, zwei Mädchen und ein Knabe — griechische Waisen, die das tschechoslowakische Volk unter seine Oblut genommen hat. Ihre Eltern sind dem Terror der faschistischen Monarchisten zum Opfer gefallen. Die Kinder sind gekommen, um mit den Delegierten des Kongresses bekannt zu werden. Ihre kleinen Gestalten verschwinden fast neben dem hochgewachsenen grauhaarigen Minister, aber sie finden allgemeine Aufmerksamkeit. Das Gesicht des Knaben — er könnte zehn oder elf Jahre alt sein — ist über sein Alter hinaus ernst. Ruhig und ohne zu lächeln drückt er Dutzende Hände, die ihm von allen Seiten entgegengestreckt werden, hört aufmerksam zu und antwortet mit Überlegung auf Fragen. Ein künftiger Kämpfer für die Freiheit Griechenlands...

Eines der Mädchen — die zehnjährige Theodora — hat soeben begrüßende Worte an den Kongreß gerichtet. Die kleine Griechin sagte:

„Wir griechischen Kinder sind hierhergekommen, um Ihren Kongreß zu begrüßen und Ihnen zu sagen, wie sehr wir begreifen, daß Sie alles, was Sie hier tun, für uns tun, um unsere Brüder und Schwestern, Tausende griechischer Kinder, nackte, barfüßige und hungrige Kinder, die keinen Vater und keine Mutter haben, zu retten. Als wir zu Hause waren, sahen wir, wie jeden Tag Bomben fielen, die von amerikanischen Fliegern

abgeworfen wurden, und wir sagen Ihnen: Väter und Mütter in der ganzen Welt, steht zusammen, kämpft, damit es niemals wieder Krieg gebe, damit wir Kinder froh und ruhig leben können...“

Wer kann angesichts dieser Worte gleichmütig bleiben? Gibt es eine edlere Aufgabe als die, um der willen hunderte Menschen Meere, Ozeane und Festländer durchmessen haben, um von der hohen Tribüne in Paris und in Prag den Haß der Völker gegen den Krieg und ihren Wunsch nach Festigung des Weltfriedens zu verkünden?

* * *

Der Kongreß faßte den Beschuß, einen Ausschuß des Weltkongresses der Friedensanhänger zu wählen, der das in Paris und in Prag begonnene Werk fortsetzen wird. Dieser Ausschuß wird über die Erhaltung des Friedens wachen, wird die verbrecherische Provokation eines neuen Krieges bekämpfen und die Tätigkeit aller internationalen, nationalen und örtlichen Organisationen zum Schutze des Friedens koordinieren. Hat der Kongreß der Friedensbewegung aller Völker einen neuen Anstoß gegeben, so gibt die Schaffung des erwähnten Ausschusses dieser Bewegung eine praktische, organisatorische Basis. Professor Joliot-Curie betonte in seiner Einführungsrede, daß das Lager des Friedens über riesige Kräfte verfügt, und daß es verstehen wird, neue und wirksame Mittel zur Abwendung eines Krieges zu finden. Weiter sagte er:

„Wir beschränken uns nicht auf die einfache Mißbilligung der Übeltäter, wir haben uns hier nicht zusammengefunden, um die Anhänger des Krieges um Frieden zu bitten, sondern um sie zum Frieden zu zwingen...“

Die Delegierten des Kongresses beantworteten diesen Appell kurz und ausdrucksvooll mit den Worten:

„Von Worten zur Tat!“

Der Weltkongreß der Friedensanhänger ist eine entschlossene Warnung an die Brandstifter eines neuen Krieges, die Ihnen sagt, daß die Volksmassen in allen Ländern sich ihrer Kraft bewußt und bereit sind, alles, was sie können, zu tun, um die Menschheit vor einem neuen blutigen Gemetzel zu bewahren, das die Imperialisten zu entfesseln suchen.

Der Friede ist den Sowjetmenschen teuer

Akademiemitglied

S. WAWILOW

Präsident der Akademie
der Wissenschaften der
Sowjetunion

heitskräfte gegen den Krieg. Die Schreckensbilder der hitlerfaschistischen Invasion in Westeuropa und in die Sowjetunion sind den Menschen mit wachem Gewissen nicht aus dem Gedächtnis geschwunden. Dutzende Millionen schuldlos umgekommener Menschen, zerstörte Städte und Dörfer, vernichtete Kulturdenkmäler erinnern an den Wahnsinn und die Grausamkeit militärischer Aggression.

Die Kräfte der Demokratie sind den aggressiven Kräften der Reaktion zweifellos weit überlegen. Hierin liegt das Unterpfand für den Sieg der Sache des Friedens.

Den Reden und Aufrufen, denen der Kongreß der Friedensanhänger Gehör verschaffte, schließen sich die vorgeschriftenen Intellektuellen der ganzen Welt, Gelehrte, bildende Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, von ganzem Herzen an. Hinter dem Kongreß stehen mächtige Arbeiter- und Bauernorganisationen, Gewerkschafts- und Genossenschaftsverbände sowie wissenschaftliche Gesellschaften.

Der zweite Weltkrieg hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die moderne Wissenschaft und Technik eine zweischneidige Waffe ist, daß ihre gewaltige Kraft sowohl zum Schutz der Demokratie als auch gegen sie angewandt werden kann. Die Erfolge der Atomkernphysik, die Errungenschaften des Rundfunks und der reaktiven Technik werden jetzt oft als Drohmittel gegen die Demokratie benutzt. Auf diesem Boden erwuchs die sogenannte „Atomdiplomatie“, mittels deren die potentiellen Aggressoren sich künftige Erfolge zu sichern versuchen.

Es ist Ehrenpflicht der rechtschaffenen Gelehrten, solchen Versuchen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Es ist unsere Pflicht, die Wissenschaft zum ausschließlichen Dienst am Frieden und an der Wohlfahrt der Menschheit zu zwingen. Die Sowjetunion, die mehr als alle anderen Länder unter der Aggression gelitten und das allermeiste zum endgültigen Sieg über die Aggressoren beigetragen hat, führt einen konsequenten Kampf dafür, daß die wissenschaftlichen Entdeckungen und Erfindungen ganz und gar dem wachsenden Reichtum der sozialistischen Volkswirt-

Der Weltkongreß der Friedensanhänger ist ein Gradmesser der mächtigen, breitesten Bewegung der progressiven Menschen

schaft, der Festigung des Wohlstands der Sowjetmenschen zugute kommen, daß sie das Aufblühen der Kultur der Volksmassen fördern.

Man muß das finstere Gewölk der neuen Aggression, das sich drohend über der Menschheit zusammengeballt hat, zerstreuen, man muß den Menschen die Möglichkeit sichern, ihre Kräfte und Fähigkeiten gänzlich der Verbesserung des Lebens auf Erden zu weihen. Die Sowjetgelehrten setzen ihre Kenntnisse und ihre wissenschaftliche Erfahrung daran, in schöpferischem Freundschaftsbund mit dem ganzen übrigen Volk den volkswirtschaftlichen Fünfjahrplan und das großartige Programm der Naturumgestaltung, der Umwandlung von Steppenwüsten in blühende Felder und Gärten, zu erfüllen.

Wir wollen, daß alle Völker der Welt ihre Bemühungen auf die Entwicklung der Demokratie, die Hebung des allgemeinen Wohlstands, die Entfaltung der Kultur zu konzentrieren vermögen.

Es lebe die Weltdemokratie! Unterstützen wir nach Kräften die Sache des Friedens! Nieder mit den imperialistischen Aggressoren!

* * *

P. BYKOW

Stalinpreisträger

Dreher des Moskauer
Schleifmaschinenwerks

Könnte man von einer Riesenhöhe aus unser Land mit einem Blick umfassen, so ergäbe sich ein grandioses Bild friedlichen Aufbaus, mit dem das ganze unermessliche Sowjetland vom einen Ende zum andern beschäftigt ist. Im Pathos des sozialistischen Aufbaus offenbart sich der Patriotismus der Völker der Sowjetunion. In jedem Werk, in jedem Industriezweig gibt es zahlreiche Kader von Stachanowarbeitern, von Produktionsneuerern, die über den Vorkriegsstand der Arbeitsproduktivität weit hinausgelangt sind. Die Erfahrungen der Bestarbeiter werden allerorten verbreitet, und neue Millionen von Arbeitern werden zu Stachanowleuten.

Seht euch das Werk an, in dem ich arbeite. Es erfüllt und überbietet die Pläne für alle Arten von Erzeugnissen. Während dreier Jahre und dreier Monate des Stalinschen Nachkriegsplanjahrfünfts habe ich an meiner Werkbank 18mal mein Jahressoll erfüllt. Erreicht wurde dies infolge einer Veränderung des Arbeitsvorgangs, durch Anwendung von Schneidestahl aus harten Legie-

rungen, was uns die Möglichkeit gab, die Geschwindigkeit des Metallschneidens auf 1000 Meter pro Minute zu steigern. Mein ganzer Arbeitstrupp hat seine Produktivität jäh erhöht. Für Einbürgerung dieser beschleunigten Methoden bei der Metallbearbeitung mit dem Schneidestahl wurde mir ein Stalinpreis zuerkannt.

In Friedensverhältnissen leben die Werktätigen der Sowjetunion mit jedem Tag besser. Als Beispiel möchte ich meine Familie anführen. Es geht uns in jeder Hinsicht gut. In der Nähe unserer Fabrik ist für die Arbeiter ein vielstöckiges wohingerichtetes Haus gebaut worden, in dem ich eine Wohnung innehaben. Mein Monatslohn beträgt bis zu 6000—7000 Rubel.

Wo, in welchem kapitalistischen Land könnte die Arbeit eines einfachen Drehers so hoch geschätzt werden wie in der Sowjetunion?

Nach siegreicher Beendigung des Krieges arbeiten die Völker der Sowjetunion daran, unser Land noch schöner, glücklicher und mächtiger zu machen. Uns Sowjetmenschen, die mit dem Aufbau des Kommunismus beschäftigt sind, ist der Friede teuer. Der Krieg hat die Sowjetunion mit unermeßlichen Zerstörungen heimgesucht. Welche Riesenarbeit tat not, die Wunden zu heilen! Wir haben nicht nur das Zerstörte wiederhergestellt, sondern sind, in Erfüllung des Stalinschen Fünfjahrplans, beträchtlich vorangeschritten.

Aber in letzter Zeit sind wieder verdächtige finstere Wolken am Horizont aufgetaucht. Die britisch-amerikanischen Imperialisten bereiten fieberhaft einen neuen Krieg vor. Es ist uns schon wohlbekannt, wozu die Räuberpakte und -blocks der imperialistischen Bestien führen, die nur auf Ausplünderung und Knechtung der Völker bedacht sind.

Natürlich lassen sich die Werktätigen der Sowjetunion durch die Abenteuer der Kriegsbrandstifter nicht einschüchtern. Wir sind gewiß für jegliche Zufälligkeiten gewappnet und halten, wie man bei uns sagt, das Pulver trocken. Aber es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der friedlichen einfachen Werktätigen aller Länder, einen einmütigen und energischen Kampf für den Frieden zu organisieren, um die Kriegsbrandstifter zu bändigen und keine neue Kriegskatastrophe zuzulassen. Die Friedenskräfte sind groß, darum kann und muß man den toll gewordenen Churchills die Zwangsjacke überziehen.

Wir, die schaffenden Menschen des Sowjetlands, unterstützen von ganzem Herzen die Beschlüsse des Weltkongresses der Friedensanhänger. Dieser Kongreß hat mit aller Anschaulichkeit gezeigt, wie groß die Kräfte des Friedenslagers sind.

* * *

W. CRISSANOWA
Stalinpreisträgerin
Stachanowarbeiterin des
Moskauer Glühlampen-
werks

Ich bin eine 25jährige Jungearbeiterin. Als 16jähriges Mädchen kam ich ins Moskauer Glühlampenwerk. Ich wurde Buchhalterin. Aber 1942, als meine Heimat in drohender Gefahr schwiebte, kam ich zu dem Schluß, daß es besser sei, zur Arbeit im Produktionsprozeß überzugehen — ich wußte, wie dringend Rundfunkröhren von sowjetischen Panzertruppen, Fliegern und Seeleuten an den Fronten des Vaterländischen Krieges benötigt wurden. Ich ging zur Arbeit in der Rundfunkröhrenabteilung über und bemühte mich nach Kräften um die Erzielung größerer Mengen und bester Qualität.

Der Friede, den das Sowjetvolk mit bewaffneter Hand errungen hat, bot auch mir die Möglichkeit eines frohen, glücklichen Lebens. Ohne meine Arbeit aufzugeben, habe ich einen mittleren technischen Lehrgang abgeschlossen. Im Jahre 1946, im ersten Jahr des Stalinschen Nachkriegsplanjahrfünfts, bestimmte man mich zur Meisterin und Leiterin eines Komsomolzinnen-Arbeitstrupps von 32 Mädchen. Dem Arbeitstrupp wurde die Aufgabe gestellt, für 1950 die Erfüllung des Plans zu sichern, der mehr als das Zweieinhalfache des Solls von 1946 ausmacht. Es war klar, daß man hierfür grundlegende Veränderungen an den Arbeitsmethoden und am Arbeitsprozeß vornehmen mußte.

Im Dezember 1947 habe ich einen Entwurf ausgearbeitet und eingereicht, dem zufolge der Trupp auf Arbeit nach graphischem Stundenplan umgestellt werden sollte. Ein Überschlag bestätigte die Möglichkeit, in allen Arbeitsgängen komplizierte Maschinen nach einem solchen graphischen Plan anzuwenden. Der Trupp billigte den Plan und ging ans Werk. Als Ergebnis gut eingespielter Arbeit erhöhte sich unsere Produktivität um 22 Prozent, während die Gestehungskosten um 15 Prozent gesenkt wurden. Die durchschnittliche Jahresproduktion der einzelnen Arbeiterin steigerte sich von 6800 auf 8300 Röhren. Im Vorjahr haben wir Röhrendetails im Wert von 31 625 Rubel eingespart.

Aber nicht nur unser Arbeitstrupp — das ganze Werk arbeitete sehr erfolgreich. Im letzten Quartal des Vorjahrs erhielt es für Überbietung des Produktionsprogramms die Rote Wanderfahne des Ministerrats der UdSSR.

Unser Werk und unsere Arbeit sind nur ein kleines Beispiel, nur ein Eckchen des unermeßlichen Landes. Das Sowjetvolk schreitet mit Riesenschritten voran auf dem Weg zur Errichtung des Kommunismus. Mit eigenen Händen schaffen wir Werte zum Wohl des Volks: wir bauen

Fabriken und Werke, Schulen und Krankenhäuser, Klubs und Wohnhäuser. Unser Leben wird mit jedem Jahr inhaltvoller und reicher. Darum ist der Friede dem Sowjetmenschen teuer.

Verblendet vom Haß gegen den Sozialismus, gegen alles Fortschrittliche, drohen die britisch-amerikanischen Imperialisten mit neuem Krieg. Im Kanonenendonner, in Bombenexplosionen schweben ihnen sagenhafte Profite, die Ausplünderung, die Knechtung freier Völker vor. Aber das wird es nicht geben. Die Friedenskräfte sind unermesslich. Die Werktätigen aller Länder, Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen, die ihre Kräfte im entschlossenen Kampf gegen die Kriegsbrandstifter vereint haben, vermögen deren unheil-

schweren Pläne zunichte zu machen und den Freiden zu schützen.

Ich bin dem Verlauf des Weltkongresses der Friedensanhänger aufmerksam gefolgt. Der Kampf für den Frieden ist den Herzen der Sowjetmenschen, die erst unlängst einen schweren, verheerenden Krieg durchgemacht haben, teuer und vertraut.

Mein Herz ist von Stolz auf unsere Heimat erfüllt, die an der Spitze der Front des Kampfs für einen dauerhaften demokratischen Frieden steht. Jeder Sowjetmensch bemüht sich, durch seine Arbeit die Macht des Landes des Sozialismus zu stärken — dieses erhabenen Bollwerks des Friedens und der Sicherheit der Völker.

Eine Abmachung der Kolonisatoren

W. DUBOWIZKI

EINE der wichtigsten Fragen, die auf der jetzigen Tagung der UNO-Vollversammlung zur Erörterung stehen, ist die Frage der Zukunft der ehemaligen italienischen Kolonien.

Wie bekannt, wurde diese für die Völker des afrikanischen Kontinents so lebenswichtige Frage trotz des Drängens der Sowjetdelegation auf den zweiten Abschnitt der dritten Vollversammlungstagung verschoben. Hierauf bestanden die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks. Die Taktik der Vertagungen, Aufschübe und Verschleppungen, die von den Vertretern der Kolonialmächte in dieser Frage schon in London, auf der ersten Außenministerratstagung vom Herbst 1945 angewandt wurde, hat die Erledigung dieser Frage bis jetzt verhindert. Indessen wurde schon im Friedensvertrag mit Italien die Notwendigkeit ihrer schleunigsten Erörterung und Erledigung anerkannt. Die Viermächtekommision, die 1947/48 Libyen, Erythräa und Italienisch-Somaliland besuchte, wies auf das Bestreben der Bevölkerung dieser Territorien hin, dem Besetzungsregime der englischen Kolonialverwaltung, das immer unerträglicher auf ihr lastet, ein Ende zu bereiten.

Der Verlauf der Debatten über die Frage der ehemaligen italienischen Kolonien im Politischen Ausschuß der Vollversammlung zeigt, daß es den imperialistischen Mächten — den USA, England und Frankreich — fern liegt, sich zur Erleichterung der Lage der Völker zu verstehen, die die ehemaligen italienischen Kolonien bewohnen.

Ihnen geht es nur um eins: um die Konsolidierung ihrer Herrschaft über die besetzten Territorien, darum, das Regime der Kolonialunterdrückung und der Ausbeutung zu einer bleibenden Erscheinung zu machen. Die Reden der Delegierten der USA, Englands, Frankreichs und Italiens zeugen mit aller Deutlichkeit davon, daß hinter dem Rücken der UNO eine Geheimabmachung über die Aufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien getroffen worden ist.

Der amerikanische Delegierte Dulles, der es anscheinend für möglich hält, über diese Kolonien wie über amerikanisches Eigentum zu verfügen, schlug vor, England „aufzufordern“, es solle die Vormundschaft über die Cyrenaika übernehmen. Italienisch-Somaliland solle unter Italiens Vormundschaft gestellt werden. Was das bedeutende Gebiet Libyen-Fessan betrifft, das Frankreich schon lange an sich gerissen hat, so wurde es nicht einmal erwähnt. Damit hat Dulles zu verstehen gegeben, daß die im vorigen Jahr zwischen den USA, England und Frankreich zustande gekommene Abmachung hinsichtlich der Übergabe dieses Territoriums an Frankreich in Kraft bleibt.

Der französische Delegierte Chauvel forderte seinerseits die Vollversammlung auf, die Möglichkeit einer Annexion derjenigen Territorien ins Auge zu fassen, auf die die „benachbarten Länder“ Ansprüche erheben, wobei er natürlich in erster Reihe die Nachbarschaft Fessans und Französisch-Westafrikas meinte.

Dem englischen Delegierten McNeil kam der amerikanische Antrag, dem zufolge die Cyrenaika unter Englands Vormundschaft gestellt werden soll, sehr gelegen, er beeilte sich zu erklären, die englische Delegation werde Frankreichs Anspruch auf Fessan vorbehaltlos unterstützen.

Einige Fragen wurden jedoch auf dieser ersten Stufe der Erörterung im Dunkel gelassen. So hielt es sowohl die amerikanische als auch die englische Delegation nicht für nötig, darauf hinzuweisen, wer ihrer Ansicht nach die Vormundschaft über den größten Teil Libyens — Tripolitanien — sowie über den Teil Erythräas übernehmen soll, der nach dem englisch-amerikanischen Antrag Äthiopien nicht zu übergeben wäre. Mit Schweigen übergangen wurde auch die Befristung der Vormundschaft, die, denselben Vorschlägen zufolge, England über die Cyrenaika und Italien über Italienisch-Somaliland ausüben soll. Das Fehlen irgendwelcher greifbaren Vorschläge zu diesen Fragen zeugt offenkundig von vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern der Abmachung.

Die imperialistischen Gegensätze sind zu groß, als daß sie sich verhüllen ließen. In einem Gebiet, das schon lange der Schauplatz erbitterter Kämpfe der imperialistischen Mächte ist — im Mittelmeerbecken — prallen die Interessen Englands, der USA und Frankreichs aufeinander. Frankreich z. B. verteidigt, allerdings mehr zum Schein, seinen früheren Standpunkt, wonach alle ehemaligen italienischen Kolonien (natürlich mit Ausnahme des von ihm selbst in Besitz genommenen Fessan) unter italienische Vormundschaft gestellt werden sollen, um, seiner Gewohnheit getreu, im letzten Augenblick „zwecks Erreichung eines Kompromisses“ vor dem amerikanischen „Boss“ zu kapitulieren. Immerhin bringt Frankreich keinen besonderen Enthusiasmus für die Herstellung einer uneingeschränkten englisch-amerikanischen Herrschaft im Mittelmeerraum auf. Zugleich befürchten aber die regierenden Kreise Frankreichs, eine Veränderung im Status quo der ehemaligen italienischen Kolonien, insbesondere die Einsetzung einer kollektiven Vormundschaft durch die UNO oder die Gewährung der Unabhängigkeit an diese Kolonien, könne sich auf die französischen Besitzungen in Nordafrika auswirken, sie könne eine Verschärfung der nationalen Befreiungsbewegung nach sich ziehen. Die Rivalität zwischen den USA und England um die Hegemonie an den Küsten des Mittelmeers und des Roten Meers, hauptsächlich im Zusammenhang mit den Interessen der Erdölmonopole beider Länder, hindert die englischen und amerikanischen Kumpane im Zeichen der imperialistischen Ausplünderung des afrika-

nischen Kontinents und des Nahen Ostens, sich restlos über die Zukunft von Aufmarschgebieten wie Tripolitanien und Erythräa zu einigen, die eine militärische Herrschaft über dieses Gebiet garantieren würden.

Diese Gegensätze sind so schwer beizulegen und für jedermann so augenfällig, daß ein Teil der bürgerlichen Presse ihre Gereiztheit über die konfuse Lage nicht verhehlen kann, in die die Partner der Teilung der ehemaligen italienischen Kolonien geraten sind, die einander gerade eben erst, bei Unterzeichnung des Nordatlantischen Vertrags in Washington, der „Harmonie der wechselseitigen Interessen“ versichert hatten. Die englische Wochenschrift „New Statesman and Nation“ stellt melancholisch fest:

„Die Diskussionen dieser Woche über ihre Zukunft (die der ehemaligen italienischen Kolonien), „im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung haben Differenzen zutage gefördert...“

Die Zeitschrift „Economist“, ein Organ der englischen Geschäftskreise, schreibt ihrerseits:

„Der Anblick dieser Mißhelligkeiten stimmt trauriger, als die üblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West. Es ist wirklich unverzeihlich, daß drei am Nordatlantischen Vertrag beteiligte Mächte nicht imstande waren, eine gemeinsame Politik zu finden.“

Ubrigens sind die italienischen Teilnehmer des Schachergeschäfts ebenfalls unzufrieden, wenn auch aus anderen Gründen. Sie werfen den USA und England Betrug vor, da Italien, dem englisch-amerikanischen Vorschlag zufolge, offenbar weniger bekommt, als ihm früher, namentlich bevor es den Nordatlantischen Vertrag unterzeichnet hatte, versprochen worden war. Die reaktionäre Presse Italiens überschüttet Dulles und McNeil mit Vorwürfen, und zwar zu unverkennbar erpresserischen Zwecken.

Eine Vorstellung von dem Ton, den die italienische Presse anschlägt, gibt folgende Äußerung in „Il Momento“ vom 13. April:

„Das, was in Lake Success vorgeht, ist nur ein schlaues und kompliziertes Manöver, um die englische Okkupation der Cyrenaika und die französische Okkupation Fessans gesetzlich zu verankern. Dabei gibt man sich den Anschein, als beginne man an Italien keine große Ungerechtigkeit. Besonders kränkend scheint es Italien, daß die Alliierten ihr Manöver durch juristische Argumente zu decken suchen und heuchlerisch ihre Annexionsabsichten tarnen.“

Besonderen Unwillen bei der bürgerlichen Presse Italiens ruft der Antrag hervor, einen Teil Erythräas Äthiopien zu übergeben, um diesem einen Zugang zum Meer zu verschaffen. Abstoßend sind die Versuche mancher Blätter, die die Ansicht der regierenden Kreise Italiens vertreten, sich durch Anpreisung der Vorzüge Italiens

als Partner imperialistischer Großmächte und gleichzeitig als gefügiges Werkzeug ihrer aggressiven Politik „kostbar zu machen“. So liebt der „Messaggero“ in seiner Ausgabe vom 13. April voll Eigenlob hervor:

„Im Gegensatz zu Italien kann Äthiopien niemals zu einem guten, wirklich nützbringenden Verbündeten Großbritanniens in Europa oder im Mittelmeerbecken werden.“

Der italienische Außenminister Sforza genierte sich nicht, auf seine Reise nach den USA als „Sachverständigen“ den Kriegsverbrecher Cerulli mitzunehmen, der von Mussolini zur Zeit der faschistischen Okkupation Äthiopiens zu dessen Gouverneur eingesetzt worden war. Gleich in der ersten Rede, die Sforza im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung hielt, spielte er darauf an, daß Italien außer der Vormundschaft über Italienisch-Somaliland darauf rechne, jetzt, nach seinem Eintritt in den Nordatlantischen Vertrag, als Entschädigung auch noch die Vormundschaft über Tripolitanien zu erhalten. (Mit der Annexion der Cyrenaika durch England hat Sforza sich längst abgefunden.)

In einer Privatberatung mit Dulles und McNeil nahm Sforza eine Haltung an, die der Rundfunk in Rom am 13. April wie folgt kennzeichnet:

„Wie aus Journalistenkreisen verlautbart, hat sich der italienische Minister sehr offen ausgesprochen... Sforza betonte, ein Beschuß, der den Interessen Italiens zuwiderliefe, könne zu Reibungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses Anlaß geben, während es doch notwendig sei, eine Festigung dieses Bündnisses anzustreben.“

Alle diese listigen Schachzüge der italienischen Diplomatie werden kaum zu irgend etwas führen, obwohl Frankreich und die lateinamerikanischen Länder Italien unterstützen. Die englisch-amerikanischen Obermacher haben sich anscheinend fest entschlossen, die ehemaligen italienischen Kolonien zu teilen, und haben nicht die Absicht, Italien das zurückzugeben, was sie ihm abgenommen haben. Sie meinen, jetzt, nachdem Italien dem Nordatlantischen Vertrag beigetreten ist, brauche man mit ihm nicht mehr viel Federlesens zu machen, und sie gaben Sforza nicht einmal irgendwelche Versprechungen, so daß dieser aus Übersee mit leeren Händen zurückkehrt, obwohl er dem Staatsdepartement in Washington mehrere Tage lang das Haus eingelaufen hat.

Die Organisatoren der Abmachung über die imperialistische Aufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien waren auch noch in anderer Hinsicht in eine unangenehme Lage geraten. Die von ihnen festgelegten Pläne für die Aufteilung der „italienischen Erbschaft“ fanden selbst unter den englisch-amerikanischen Satelliten keine einmütige Billigung. Ein Teil von ihnen — die Süd-

afrikanische Union, Australien, die Türkei, Liberia u. a. — unterstützt diese Pläne, andere — hauptsächlich die lateinamerikanischen Länder — sind auf Drängen des Vatikans bestrebt, die Kolonialansprüche Italiens zu verteidigen, dritte wiederum — vornehmlich arabische Länder — sprechen sich dafür aus, daß den ehemaligen italienischen Kolonien die Unabhängigkeit gewährt wird, oder daß man sie schlimmstenfalls unter kollektive UNO-Vormundschaft stellt.

Somit sind sich die Organisatoren der Abmachung keineswegs ihres Erfolges sicher, da es sich bei allen den in ihrem eigenen Lager zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten als nicht gerade leicht erweisen dürfte, die ihnen erforderliche Stimmenzahl in der Vollversammlung zusammenzubringen. Während man daher in den Wandelgängen heimlich feilscht und ausnahmsweise störrisch gewordene Delegationen einer entsprechenden „Bearbeitung“ unterzieht, werden bereits rettende Anträge auf eine neue Vertagung dieser Frage gestellt. So beeilte sich der Delegierte Australiens, die Bildung einer Sonderkommission zu beantragen, die die geäußerten Meinungen und Ansichten „prüfen“ und nötigenfalls sogar in die ehemaligen italienischen Kolonien reisen solle, um dann der Vollversammlung auf ihrer kommenden Tagung (im Herbst d. J.) ihre Empfehlungen zu unterbreiten. Was man bei dem Antrag, die Erledigung dieser Frage erneut zu vertagen, wirklich im Sinn hat, ist restlos klar: man will den englischen, amerikanischen und französischen Imperialisten die Möglichkeit geben, die ehemaligen italienischen Kolonien weiter auszubeuten, sie für ihre strategischen Pläne auszuwerten und ihre Herrschaft über diese Territorien zu festigen. Man hat bereits Presse und Rundfunk mobilisiert, um die öffentliche Meinung rechtzeitig auf einen solchen Ausgang der Angelegenheit vorzubereiten. Der Pariser Rundfunk erklärte z. B. am 20. April in einem Kommentar zum Verlauf der Debatten, die im Politischen Ausschuß über die ehemaligen italienischen Kolonien stattfinden:

„Die Sache läuft schließlich auf den Beschuß hinaus, eine enge Kommission zu bilden, die die Untersuchung der Akten bis zur nächsten Tagung wieder aufnehmen soll. Diese Aussicht auf eine Vertagung scheint einen großen Teil der Delegationen zu befriedigen; eine Ausnahme bildet vielleicht die Sowjetunion.“

Der Kommentator des Pariser Rundfunks hat mit seinen letzten Worten zweifellos recht. Die Sowjetunion wird eine solche „Lösung“ der Frage nicht als befriedigend ansehen. Nicht befriedigt sein werden auch die Völker der ehemaligen italienischen Kolonien, die zu erwähnen der französischen Kolonialist nicht einmal für notwendig gehalten hat.

A. A. Gromyko, der Führer der Sowjetdelegation, gab in einer Sitzung des Politischen Ausschusses den Versuchen, die Vollversammlung zu einer Regelung des Geschicks der ehemaligen italienischen Kolonien zu veranlassen, die nicht von den Interessen des Friedens und der Sicherheit, sondern von den eigennützigen Bestrebungen einer Gruppe imperialistischer Mächte ausgeginge, eine präzise und gerechte Einschätzung. Er zeigte, daß Großbritannien, die USA und Frankreich darauf ausgehen, die ehemaligen italienischen Kolonien zu behalten, um sie bei Ausführung ihrer aggressiven Pläne als militärstrategische Stützpunkte zu benutzen. Das bestätigten zahlreiche Tatsachen sowie Äußerungen der englischen und der amerikanischen Presse.

Wie die „New York Times“ meldet, hat in Washington Ende vorigen Jahres eine Sonderberatung hoher amerikanischer Militärs stattgefunden. Dort wurde anerkannt, es sei „für die englisch-amerikanische Sicherheit wesentlich, daß die Marine- und Militärstützpunkte in Libyen bei England verbleiben, das mit den USA in ihrem Ausbau und ihrer Befestigung zusammenarbeiten würde“. Am 13. Januar d. J. berichtete die Agentur United Press von englisch-amerikanischen Verhandlungen über die Schaffung einer Kette von Luftflottenstützpunkten längs der Küste der Cyrenaika. Auf diese Weise suchen die USA, außer der Befestigung des Luftflottenstützpunkts Mellaha (Tripolitanien) auch noch andere strategische Punkte in Libyen zu bekommen. Wie das italienische Nachrichtenbüro Agenzia Italiana d'Informazioni meldet, sind bereits amerikanische Pioniertruppen an strategischen Punkten der Cyrenaika gelandet und haben westlich von Benghasi, im Küstengebiet El-Agheila, ein Lager aufgeschlagen.

Die Tatsachen lassen auch erkennen, daß die englische und die französische Militärverwaltung, die jetzt in den ehemaligen italienischen Kolonien schalten und walten, buchstäblich nichts für die Fortentwicklung der diese Territorien bewohnenden Völker getan haben. Die Wirtschaft dieser Gebiete befindet sich im Zustand des Niedergangs und Verfalls, die Bevölkerung ist an den Rand völliger Verelendung und Aushungerung gebracht worden.

Der englisch-amerikanische Block nahm die Rede des Sowjetdelegierten, der die Abmachung der Kolonialmächte, ihre imperialistischen Pläne und ihr auf Untergrabung des Friedens und der Sicherheit abzielendes Tun entlarvte, mit geharnischer Wut auf. Der konkrete Vorschlag der Sowjetdelegation versetzte die Organisatoren der imperialistischen Aufteilung der ehemaligen italienischen Kolonien in Bestürzung.

Die Delegation der Sowjetunion setzte sich wie stets konsequent für die Festigung des Friedens

und der Sicherheit ein, sie verteidigte die Interessen der Kolonialvölker und brachte zu diesem Zweck — von den Prinzipien der UNO-Satzung ausgehend — einen Antrag ein, der es ermöglicht, eine gerechte Regelung des Geschicks der ehemaligen italienischen Kolonien zu erzielen. Im Sowjetvorschlag ist vorgesehen, daß Libyen und Erythräa in zehn Jahren die Unabhängigkeit erhalten sollen. Bis dahin sollen beide Länder im Einklang mit dem Vormundschaftsabkommen der UNO verwaltet werden. Die Exekutivmacht in Libyen soll von einem Administrator ausgeübt werden, den der Vormundschaftsrat bestimmt und von dem er Rechenschaft über seine Maßnahmen erhält. Dem Administrator soll ein Beratungskomitee beigeordnet sein, das aus Vertretern Englands, der Sowjetunion, Frankreichs, Italiens, der USA sowie einem europäischen und einem arabischen Residenten Libyens besteht. Die Residenten sind von den fünf genannten Vertretern auszuwählen.

Im Hinblick auf Erythräa sollen die gleichen Maßnahmen getroffen werden, wie hinsichtlich Libyens, nur soll das Beratungskomitee in diesem Fall zwei Residenten Erythräas einschließen, die von den fünf Regierungen zu bestimmen sind.

Ein ebensolches Vormundschaftssystem wird für Italienisch-Somaliland vorgeschlagen, jedoch mit dem Unterschied, daß die Gewährung der Unabhängigkeit vorläufig nicht auf einen bestimmten Termin festgesetzt wird. Außerdem sieht der Sowjetvorschlag die Möglichkeit vor, daß der Sicherheitsrat, falls er es für notwendig erachtet, hinsichtlich der drei ehemaligen italienischen Kolonien strategische Punkte bestimmen kann, die vom Sicherheitsrat im Interesse der internationalen Sicherheit zu verwalten wären. Schließlich soll Erythräa Äthiopien über den Hafen Assab Zugang zum Meer gewähren.

Der Sowjetantrag, der sich mit dem Antrag deckt, den die USA am 13. September 1945 durch Byrnes im Außenministerrat einbrachten, traf die USA-Delegation unvorbereitet, sie konnte nicht angeben, weshalb sie diesen Antrag jetzt nicht annehmen will, den sie doch früher selbst gestellt und verteidigt hat. Um die Haltung der USA irgendwie zu rechtfertigen, berief Dulles eine Pressekonferenz ein, auf der er recht nebelhafte und wirre Erklärungen abgab. Der Sinn dieser Erklärungen lief, wie zu erwarten gewesen war, darauf hinaus, daß Dulles sich auf die strategischen Interessen der USA berief und inhaltslose Betrachtungen über die Veränderungen in der „allgemeinen Lage“, über die „gesteigerte Bedeutung Afrikas für Westeuropa“ sowie über die Notwendigkeit anstelle, in Afrika eine „politische Stabilität“ herbeizuführen.

Aber so sehr sich Dulles und Konsorten auch anstrengen mögen, um Erläuterungen und Rechtfertigungen zu finden, man kann schon jetzt sagen, daß die demokratische Weltöffentlichkeit diejenigen schmunzels verurteilen wird, die imperialistische Geheimabkommen zustande bringen, der Sache des Friedens und der Sicherheit einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen, die Freiheit der Kolonialvölker mit Füßen treten

und Okkupationsziele anstreben. Ihren verbrecherischen Machenschaften steht der konsequente und entschlossene Kampf der Sowjetvertreter in der UNO gegenüber, die für Frieden und Sicherheit, für die Interessen der unterdrückten Kolonialvölker sowie dafür eintreten, daß die Frage des Schicksals der ehemaligen italienischen Kolonien in gerechter Weise, im Einklang mit den Zielen und Prinzipien der UNO-Satzung, geregelt wird.

Internationale Umschau

(Notizen)

OHNMÄCHTIGE WUT

Im Lager der Kriegsbrandstifter ist es die Kommission des USA-Repräsentantenhauses zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit, die am allermeisten gegen die mächtige Volksbewegung zum Schutz des Friedens tobt. Die Kongreßleute aus dieser Kommission wären bereit, alles, was nur an den Frieden gemahnt, vom Erdboden hinwegzufegen. Sie haben sich folgendes geleistet.

Zum Eröffnungstag des Weltkongresses der Friedensanhänger veröffentlichte die Kommission einen sogenannten Bericht über die Kulturschaffenden und Wissenschaftler der USA, die für den Frieden eintreten. Die Kommission macht sich den Umstand zunutze, daß Mitglieder des USA-Kongresses wegen Verleumdungen, die sie im Rahmen ihrer Diensttätigkeit verbreiten, gerichtlich nicht belangt werden können, und bewirkt die Teilnehmer des vor kurzem in New York abgehaltenen Kongresses der Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutze des Friedens in unerhörter Weise mit Schmutz.

Ein großer Teil dieses Taschenspielerberichts besteht aus einer Aufzählung von Personen, die am Neuyorker Kongreß zum Schutz des Friedens teilgenommen haben. Jeder Name ist von Bemerkungen in folgendem Sinne begleitet: stand in Verbindung mit soundso vielen „Organisationen der kommunistischen Front“. Will man sich über die Absichten der Leute klarwerden, die die Liste zusammengestellt haben, so muß man folgendes in Betracht ziehen. Die Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit ist eine Art Generalstab für die Organisierung der Hetze gegen demokratisch gesinnte Personen. Sie geht recht standardmäßig vor: jeder, der dem Weitstanz der Kriegsbrandstifter nicht ohne zu

murren zusehen will, wird als Anhänger des Kommunismus bezeichnet und mit dieser Begründung verfolgt.

Die wild gewordenen Kongreßmitglieder holen jetzt zum Schlag gegen diejenigen Wissenschaftler, Schriftsteller und Geistlichen aus, die es wagen, ihre Stimme zum Schutz des Friedens zu erheben. Unmittelbar vor Eröffnung des Weltkongresses der Friedensanhänger meldete die USA-Presse, die Delegierten dieses Kongresses, die gesellschaftliche Organisationen der USA vertreten, würden nach ihrer Rückkehr als Auslandsagenten registriert werden.

Hierin zeigt sich natürlich vor allem die ohnmächtige Wut der Reaktionäre aus dem Lager der Kriegsbrandstifter über die mächtvolle Bewegung zum Schutz des Friedens. Die Fieberphantasien der Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit könnten lediglich zum Lachen reizen. Keineswegs zum Lachen ist jedoch, daß die Kongreßleute, die in dieser Kommission thronen, die Macht besitzen, ehrliche Menschen zu verfolgen, nur weil diese Anhänger des Friedens sind.

EINE WICHTIGE SACHE

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat endlich eine entschlossene praktische Maßnahme zur Schaffung internationaler Industrieabteilungen getroffen. In der ersten Aprilhälfte fanden in Paris Beratungen der provisorischen Organisationskomitees statt, die beauftragt waren, entsprechende Gründungskonferenzen für die einzelnen Industriezweige vorzubereiten und durchzuführen.

An den Beratungen der provisorischen Organisationskomitees beteiligten sich Delegierte der

Metallarbeiter, Textilarbeiter, Lederarbeiter, Bergleute und Lebensmittelarbeiter Frankreichs; ferner Vertreter der Maschinenbauer, der Textilarbeiter, der Schuharbeiter und Bergarbeiter der Sowjetunion; Delegierte der Arbeiter der metallverarbeitenden Fabriken, der Textilindustrie, der Lederindustrie und der Lebensmittelindustrie Italiens, der Metallarbeiter Hollands, der Textilarbeiter Rumäniens, der Maschinenbauer der Tschechoslowakei, des Verbands der Kürschner und Lederarbeiter der USA und Kanadas. Als Beobachter wohnte den Beratungen auch ein Vertreter des Verbands der vereinigten Lebensmittel-, Tabak- und Landarbeiter der USA bei.

Mehreren Delegierten der Gewerkschaften Bulgariens, Ungarns und Polens hatten die französischen Behörden das Einreisevisum verweigert, deshalb konnten sie den Beratungen nicht beiwohnen. Das kann diese Gewerkschaftsorganisationen natürlich nicht hindern, an der Schaffung der Fachabteilungen teilzunehmen.

Das vom Sekretariat der Föderation ausgearbeitete provisorische Programm sieht für den Anfang die Schaffung von fünf Industrieabteilungen vor: einer für die Werktäglichen der metallverarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus; einer für die Arbeiter der Textil- und der Konfektionsindustrie; einer für die Werktäglichen der Schuh-, Leder- und Pelzwarenindustrie; einer für die Bergarbeiter und schließlich einer für die Werktäglichen der Lebensmittelindustrie. Auf der Beratung wurden die Daten für die Gründungskonferenzen festgelegt und der Wortlaut von Aufrufen an die Gewerkschaften und die Werktäglichen der entsprechenden Industriezweige angenommen. Die Gründungskonferenzen dreier Industrieabteilungen sind für die Zeit vom 20. bis 22. Juni d. J. anberaumt. Die Vertreter der Metallarbeiter werden sich in Turin (Italien) versammeln, die der Textilarbeiter in Lyon (Frankreich), die der Lederarbeiter und Schuhfabrikarbeiter in Gottwaldov (Tschechoslowakei). Zeit und Ort für die Konferenzen der Bergarbeiter und der Lebensmittelarbeiter sollen später festgesetzt werden.

Gleichzeitig mit dem Wortlaut der Aufrufe an die Gewerkschaften wurden Projekte allgemeiner Richtlinien für die Industrieabteilungen verschickt, damit diese Dokumente möglichst eingehend erörtert werden können.

Die Organisierung von Industrieabteilungen ist im Statut der Weltföderation der Gewerkschaften vorgesehen, das schon 1945 angenommen wurde. Das ist eine bedeutende und wichtige Angelegenheit. Im Laufe von dreieinhalb Jahren vereiteln die Führer der englischen und der amerikanischen Gewerkschaften die Durchführung dieser

wichtigen organisatorischen Maßnahme. Sie taten es, weil sie die bestehenden internationalen Industrievereinigungen als Werkzeug zur Spaltung der Weltföderation benutzen wollten. Gegen diese Pläne wird jetzt ein entscheidender Schlag geführt. Die Schaffung der Industrieabteilungen wird der Tätigkeit der Weltföderation neue Belebung bringen und ihr die Möglichkeit geben, die Interessen der Werktäglichen noch aktiver und konkreter zu schützen.

HALS UBER KOPF

Auf einer Sitzung der Sonderbeauftragten der Außenminister, die in London die Frage des österreichischen Staatsvertrags erörtern, hat der amerikanische Vertreter Reber am 8. April die wie eine Sensation einschlagende Erklärung abgegeben, die USA-Regierung verzichte auf jegliche Ansprüche an deutsche Guthaben in ihrer österreichischen Besatzungszone. Nach ihm gaben der englische und der französische Vertreter gleichlautende Erklärungen ab.

Die bürgerliche Presse Österreichs begann so gleich diese Erklärungen als „großmütige Geste“ zu preisen. Außenminister Gruber schickte schleunigst Dankschreiben nach Washington, London und Paris. In den Zeitungen tauchten schmeichelhafte Schlagzeilen auf, wie: „Österreich dankt dem Westen“ („Wiener Tageszeitung“), „Dank an die Westmächte“ („Wiener Zeitung“), „Österreich dankt den Westmächten“ („Arbeiter-Zeitung“).

Bald aber wurde dieser harmonische Chor durch einen unerwarteten Mißklang gestört. Das offizielle Organ der britischen Besatzungshördern, die „WeltPresse“, erläuterte am 16. April, die in London abgegebene Erklärung über den Verzicht der Westmächte auf deutsche Guthaben

„... ändert nichts an dem augenblicklichen Status für diesen Besitz. Infolgedessen bleibt die alliierte Kontrolle über das deutsche Eigentum wie bisher aufrecht erhalten, da die von den Westmächten am 8. April angekündigte Politik erst nach Abschluß des Staatsvertrags in Kraft tritt...“

Mit andern Worten, man verzichtet keineswegs auf die deutschen Guthaben, sondern verspricht nur in nebelhaften Ausdrücken, dies nach Abschluß des Vertrags zu tun. Der Abschluß des Vertrags aber wird, wie man weiß, von den Westmächten vorsätzlich aufgehalten und hinausgeschoben.

Was wurde also mit dem Trick bezweckt? Es handelt sich darum, daß die Vertreter der Westmächte es bei der Erörterung des österreichischen Vertrags vermeiden, die Höhe ihrer Ansprüche auf deutsche Guthaben anzugeben. Um ihre

Karten nicht aufzudecken, haben sie erklärt, daß sie überhaupt auf jegliche Ansprüche verzichten.

Dieser Trick brachte die reaktionären Politiker Österreichs in eine mißliche Lage. Ohne den Sinn der Sache ergründet zu haben, hatten sie schon begonnen, tiefe Bücklinge vor den „großmütigen Westmächten“ zu machen. Ja, ja, eile mit Weile!

WIE SIE SICH SELBST VERRATEN

Eine Zierde der Ostersendungen der „Stimme Amerikas“ war die Rede des obersten Leiters dieser Gesellschaft, George Edward Allens, des Unterstaatssekretärs für Angelegenheiten der Information und der Kulturverbindungen. Allen war ehemals Direktor einer Rekonstruktions- und Finanzgesellschaft, außerdem war er früher Direktor des deutsch-amerikanischen Trusts Hugo Stinnes, einer Firma, die für die Zeit des Krieges unter Regierungskontrolle gestellt wurde; ferner war er vor kurzem USA-Botschafter im Iran, und sein dortiger Aufenthalt war durch die Organisierung wüster Ausschreitungen gegen die demokratische Bewegung gekennzeichnet; Allen ist Direktor mehrerer größerer Monopolfirmen, die u. a. mit deutschen Kartellen liiert sind. George Allen treibt also auf dem Feld der Kulturverbindungen als gleichzeitiger Vertreter der Geschäftswelt und der diplomatischen Kreise sein Wesen.

Was sagte diese gewichtige Persönlichkeit in ihrer Rede, die über das ganze Land verbreitet und auch fürs Ausland gesendet wurde? George Allen hat sich für seine Osterrede ein recht hochtrabendes Thema ausgesucht: „Die Religionsfreiheit als Faktor der amerikanischen Außenpolitik“. Diese klingende These wurde jedoch mehr als einseitig entwickelt. Allen beschimpfte die Länder der Volksdemokratie, wo die Religion angeblich verfolgt wird. Er führte keinerlei Tatsachen an, die auf eine Schmälerung der Religionsfreiheit in diesen Ländern hindeuten könnten, und setzte sich nur ein übriges Mal namentlich für die Geistlichen ein, die vom ungarischen Gericht wegen Spionage und Landesverrat verurteilt worden sind. Gleichzeitig suchte Allen das Vorgehen der USA-Vertreter in der UNO-Vollversammlung zu rechtfertigen, die den Fall Mindszentys und der Gruppe bulgarischer Pastoren, die sich als Spione betätigt hatten, in die Tagesordnung eingeschleppt haben. Die regierenden Kreise der USA und Englands, die für ihre Agenten Handlungsfreiheit durchzusetzen suchen, verbreiten mit Feuereifer Lügenmärchen über die Beeinträchtigung der Religionsfreiheit in den Ländern der Volksdemokratie.

George Allens Rede war Teil dieser Verleumungskampagne. Die Religionsfreiheit interessiert

ihn nicht mehr als der vorjährige Schnee. Aber der Fall der Spione im Priesterrock geht ihm an die Nieren. Seine These von der „Religionsfreiheit als Faktor der amerikanischen Außenpolitik“ hatte er ganz auf die Fälle der hochgegangenen Spione und Agenten des amerikanischen Nachrichtendienstes zugeschnitten, denen ihre geistliche Würde nur als Deckmantel bei der Organisierung politischer Komplotten und bei ihrer Spionage zugunsten der USA und Englands diente. Von der Ostersendung Allens kann man sagen, daß sie gewisse Geheimnisse der amerikanischen Diplomatie und ihrer „Kulturverbindungen“ mit Haut und Haaren verrät.

VERGEBLICHE VORSICHT

Christianson, der Vorsitzende des 4. amerikanischen Militärttribunals in Nürnberg, verlas vier Tage lang — vom 11. bis zum 14. April — ein 832 Seiten umfassendes Urteil in „Fall 11“, einem Prozeß gegen ehemalige Diplomaten, Minister und Staatssekretäre der Hitlerregierung. Der „langen Rede kurzer Sinn“ ist, daß alle Angeklagten im Hauptpunkt der Anklage (Organisierung einer gemeinsamen Verschwörung zur Durchführung von Angriffskriegen) freigesprochen wurden. Nur fünf Angeklagte wurden vom Gericht der Vorbereitung eines Überfalls auf einzelne Länder schuldig gesprochen.

Das Internationale Militärttribunal definierte in seinem Urteil über Göring und andere deutsche Hauptkriegsverbrecher das Hitlerkomplott gegen den Frieden als „schwerstes internationales Verbrechen“. Die amerikanischen Richter aber entschieden, daß die nächsten Handlanger Hitlers — Bohle, der Führer der hitlerfaschistischen „Fünften Kolonne“, Lammers, der Chef der Reichskanzlei, Meißner, der Chef von Hitlers Präsidialkanzlei, die Minister Darré und Schwerin von Krosigk, die Diplomaten Weizsäcker und Steengracht, der Naziindustriemagnat Pleiger — daran ganz unschuldig waren.

Dieser Rechtspruch schloß das fast dreijährige Verfahren von sechs amerikanischen Militärttribunalen in Nürnberg ab.

Seinerzeit hatte der amerikanische Richter Fitzroy D. Philipps, als er das Urteil über den hitlerfaschistischen Feldmarschall Milch verkündete, eindringlich daran erinnert, daß „hier ein amerikanischer Gerichtshof Recht spricht nach den uralten und grundlegenden Begriffen angelsächsischer Rechtsprechung“. Was hat diese Rechtsprechung nun ausgerichtet?

Die amerikanischen Richter führten drei Prozesse gegen deutsche Monopolherren. Im

Ergebnis wurden der hitlerfaschistische Industriemagnat Flick und seine Direktoren, Krupp und die Leiter seines Konzerns, Schnitzler, Schmitz und andere Drahtzieher des Chemietrusts I.G. Farbenindustrie, die der Verschwörung gegen den Frieden, der Planung, Vorbereitung und Führung eines Aggressionskriegs angeklagt waren, freigesprochen.

Ferner standen vor dem amerikanischen Gericht zwei Gruppen von Hitlergeneralen, die den Plan für den Aggressionskrieg unmittelbar ausgearbeitet und vorbereitet und ihn dann mit bestialischsten Methoden ins Werk gesetzt hatten. Die amerikanischen Richter in Nürnberg sprachen die faschistischen Feldmarschälle List, Leeb, Weichs, Küchler und Konsorten und andere hohe Hitlermilitärs in diesem Zentralpunkt der Anklage frei.

Diese Richter trugen Sorge, den Freispruch der Aggressoren und Kriegsbrandstifter juristisch zu unterbauen. So stellte das Tribunal, das über Flick zu Gericht saß, folgendes — mit Verlaub zu sagen — Prinzip auf: Staatseigentum kann in Besitz genommen und zugunsten des sich im Kriegszustand befindenden Okkupanten im Laufe der ganzen Okkupationszeit ausgenutzt werden. Im Urteil in Sachen List und anderer Generale erklärte das Gericht, die Partisanen und die Widerstandskämpfer hätten sich selbst außerhalb der Gesetze gestellt, und deshalb könne den Hitlerfaschisten „die Tötung solcher Gefangenen, Angehörigen der Widerstandskräfte, nicht als Verbrechen zur Last gelegt werden“. Die amerikanische Themis setzt also in Nürnberg für die Imperialisten folgende „Rechte“ fest: das Recht auf Aggression; das Recht auf Ausplünderung besetzter Länder; das Recht, die Einwohner dieser Länder zu Sklavenarbeit zu zwingen; das Recht, alle, die der Aggression Widerstand leisten, auszurotten; das Recht auf Ungesetzlichkeit und auf Justizwillkür.

Die amerikanischen Rechtslehrer beeilen sich, schon vorsorglich juristische Begründungen zum Freispruch derer, die eine künftige Aggression verschulden, zu schaffen. Das ist unnötige Vorsicht. Die Kriegsverbrecher werden keinerlei künstlich geschaffene juristische Präzedenzfälle vor der Verantwortung und vor der Vergeltung retten können.

DER HUMANISMUS DER HENKER

Seit fast einem Jahr führt England einen Kolonialkrieg gegen das malaiische Volk. In diesem Krieg scheuen die britischen Imperialisten vor keinem Mittel zurück. Sie bieten Artillerie, Flieger, Minenwerfer, ja sogar speziell nach Malaya

importierte Menschenfresser aus den Kopfjägerstämmen der Dajaken auf.

Dennoch können die Kolonialtruppen sich bisher zu keinerlei Erfolgen gratulieren. Die Reihen der Teilnehmer der nationalen Befreiungsbewegung in Malaya lichten sich nicht, im Gegen teil, sie wachsen immer mehr an. In manchen Gegend, besonders im Norden des Landes, gibt es schon seit vielen Monaten Partisanengebiete, in denen eine demokratische Volksmacht errichtet wurde.

Die durch die Mißerfolge in Wut versetzten britischen Kolonialatoren und ihre Truppen fallen über wehrlose Kinder, Frauen und Greise her und vernichten von Flugzeugen aus malaiische Dörfer durch Brand- und Sprengbomben. In letzter Zeit werden regelmäßig Überfälle auf Dörfer der Partisanengebiete ausgeführt.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Hughes, der daran zweifelte, daß die Zerstörung malaiischer Dörfer zweckmäßig sei, antwortete Rees-Williams, parlamentarischer Sekretär des britischen Kolonialministeriums, am 14. April, bei diesen Zerstörungen habe man „die Idee, die Menschen aus den Dschungeln herauszuholen, wo sie Banditen zum Opfer fallen, um sie in Gebieten außerhalb der Dschungeln anzusiedeln“. Er könne Hughes versichern, daß eine wirklich humane Politik gegenüber Malaya betrieben werde.

Diese Antwort übertrifft in ihrer zynischen Unverfrorenheit alle früheren Rekorde der labouristischen Sklavenhalter. Rees-Williams, ein Mitglied der Labourpartei, übertraf den Hitlerhenker Dalugej: dieser äscherte Lidice ein, aber er besaß nicht die Frechheit, seine Bestialitäten zum Hohn auch noch durch Berufung auf die Humanität rechtfertigen zu wollen.

WIRTSCHAFTLICHER AUFSCHWUNG IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGZONE

Vor kurzem erörterte und bestätigte die Deutsche Wirtschaftskommission — das Organ, das das wirtschaftliche Leben der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands lenkt — den Plan für die Entwicklung der Wirtschaft dieser Zone für das laufende Jahr.

Im Einklang mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz ist die Rüstungsindustrie in der sowjetischen Besatzungszone vernichtet worden, und die ganze Aufmerksamkeit gehört der Entwicklung der Friedensindustriezweige.

Im Laufe des Jahres 1949 wird die Industrie um 16 Prozent mehr als im vorigen Jahr produzieren. Die Produktion des Maschinenbaus, der

chemischen, optischen und elektrotechnischen Industrie wird binnen einem Jahr um 20—40 Prozent zunehmen.

Die Bevölkerung der Zone erhält in diesem Jahr um 145 Prozent mehr Webwaren, um 52 Prozent mehr Schuhe und um 140 Prozent mehr Wirkwaren als im vorigen Jahr. Die Baumaterialindustrie wird in erhöhtem Tempo arbeiten. Es sollen um 90 Prozent mehr Ziegel hergestellt werden. In den Städten der Zone sollen 18 850 Häuser instand gesetzt und 5000 Häuser neu gebaut werden.

Der Plan sieht eine Reihe ernsthafter Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft vor. Im Jahre 1948 wurden 4,1 Millionen Tonnen Getreide geerntet gegenüber 3,5 Millionen Tonnen im Jahre 1946; die Kartoffelernte machte 11,8 Millionen Tonnen gegenüber 9,2 Millionen aus. Im Jahre 1949 wird die Produktion der Landwirtschaft noch mehr gesteigert. Die Stückzahl der Rinder wird, gemessen an 1947, um 14 Prozent zunehmen, die der Schweine um 45 Prozent. Die Zahl der Maschinenausleihstationen soll gesteigert werden.

Im vorigen Jahr wurde der Wirtschaftsplan der Zone nicht nur erfüllt, sondern in den Hauptpunkten sogar überboten. Man hat jeden Anlaß zu der Annahme, daß auch der Plan für 1949 restlos erfüllt werden und daß die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in der friedlichen demokratischen Entwicklung weitere Fortschritte machen wird.

UN SCHÖNE NACKTHEIT

Die am 12. April vom Landessexekutivkomitee der Labourpartei veröffentlichte Broschüre mit dem Parteiprogramm zu den 1950 bevorstehenden Parlamentswahlen wird von der englischen Presse eingehend kommentiert.

Die Broschüre mit dem anspruchsvollen Titel „Die Labourpartei glaubt an England“ enthält viel tönende Worte und hochtrabende Erklärungen, durchsetzt von abgegriffenen Gehässigkeiten gegen die Sowjetunion. Die Verfasser versichern, sie streben aus allen Kräften nach „Befreiung von den knechtenden materiellen Fesseln des Kapitalismus“, und malen in den leuchtendsten Farben die „Wohltaten“ aus, die die Labourhäuptlinge der englischen Arbeiterklasse angeblich bereits besichert haben.

Was die Zukunftspläne angeht, so enthält das Programm der Labourpartei für die Wahlkampagne nichts außer weitschweifigen und allgemein gehaltenen Wendungen. Jetzt ist von einem „umfangreichen Programm der Sozialisierung“, das vor fünf Jahren so eifrig ausgesaut wurde, gar keine Rede mehr. In der Broschüre erwähnt

man nur nebenbei Pläne für die Nationalisierung solcher Wirtschaftszweige wie der Zuckerindustrie und der Wasserleitungen, die in der Volkswirtschaft des Landes eine unbedeutende Rolle spielen. Aber selbst diese Versprechungen sind, wie der „Manchester Guardian“ schreibt, nur „Schaufensterdekoration, die nicht allzu ernst gemeint ist“.

Im Programm wird die Verstaatlichung der Stahlindustrie mit Schweigen übergangen, und es wird klar gesagt, daß die Regierung nicht die Absicht hat, den Schiffbau und die chemische Industrie zu verstaatlichen, was zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen dringend fordern. Die Labourhäuptlinge denken nicht einmal an eine Einschränkung der Allmacht der größten Truste und Monopole, die auch weiter eine ungeteilte Kontrolle über die Industrie und das Finanzwesen Englands ausüben.

Selbstverständlich läßt die konservative Presse sich die Gelegenheit nicht entgehen, ihre Schadenfreude gegenüber den Verfassern des Wahlprogramms der Labourpartei zu äußern. Die „Daily Mail“ erklärte, das Programm sei eine Mischung aus „pompösen Phrasen, Unaufrichtigkeiten, Widersprüchen und halben Wahrheiten.“ Das Blatt läßt jedoch nichts darüber verlauten, daß auch die Konservativen den Wählern jedesmal die gleiche sauer gewordene Suppe vorsetzen. Dafür hat das Cityorgan „Times“ sich nicht geniert, an diesen bemerkenswerten Umstand zu erinnern. Es schreibt:

„Der unvoreingenommene Wähler wird es im kommenden Jahr wahrscheinlich schwerer haben als je, sich nur durch Lesen der Wahlprogramme für eine der rivalisierenden Parteien zu entscheiden.“

Einige einflußreiche Gewerkschaften haben gegen das Wahlprogramm der Labourpartei Protest eingelegt. Die Vereinigung der Verbände der Schiffbau- und Maschinenbauarbeiter besteht auf einer entschlossenen Ausführung weitgehender Verstaatlichungspläne, damit die Herrschaft der Monopole eingeschränkt werde. Ähnliches fordern der Verband der Kesselbauer, der Einheitsverband der Gummiarbeiter u. a.

Manche Zeitungen stellen im Zusammenhang mit der Broschüre „Die Labourpartei glaubt an England“ eine Frage, nämlich: „Glaubt England an die Labourpartei?“ Tatsächlich ist die Frage schon völlig herangereift, ob die Labourführer mit ihrem Gefasel von einem „Mittelweg“ und von einer Politik der „dritten Kräftegruppe“ das englische Volk noch lange an der Nase herumführen werden. In den vergangenen Jahren sind die blumigen „sozialistischen“ Lösungen verwelkt und abgeblättert, und nun stehen die labouristischen Lakaien des Imperialismus in ihrer unschönen Nacktheit da.

Frühling im rumänischen Dorf

(Notizen eines Korrespondenten)

A. MERKULOW.

DAS BREITE BAND der glatten Chaussee verläuft im Tal der walachischen Tiefebene. Rechts und links huschen Donaudörfer vorüber. Das Auto biegt in einen Feldweg ein, und nach 15—20 Minuten taucht das Dorf Folșani im Grünen junger Akazien vor uns auf.

In der Vergangenheit stachen Rumäniens Donaudörfer durch besonderes Elend hervor. Die üppigen Schwarzerdeländereien, durch die die walachische Tiefebene berühmt ist, befanden sich in Gutsbesitzer- und Großbauernhänden. Den Bauern gehörten kümmerliche Fetzen sandiger Uferstreifen. Der dürre, mit Holzpfählen bearbeitete Boden war unergiebig. Alle 2—3 Jahre kamen vom Süden her unerbittliche Trockenwinde. Hauptquelle der Existenzmittel war für den Bauern die Tagelöhnerarbeit beim Großbauern oder Gutsherrn. Durch unerträgliches Elend und Schwerarbeit wurden die Menschen zur Verzweiflung getrieben, durch Unterernährung, Elend und böse Krankheiten zu Tausenden dahingerafft.

Feudale Überreste, harte Ausbeutung der ärmsten Bauernschaft, technische Rückständigkeit — so sah es in der Landwirtschaft des alten Rumäniens aus. In den Jahren 1918—1921 nahm die Regierung, durch die anwachsende Bauernbewegung und den Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland erschreckt, eine sogenannte Bodenreform vor. Eigentlich war das keine Reform, sondern eine Finte, um die Bauern, die sich zum Kampf für den Boden erhoben hatten, zu beschwichtigen. Als Ergebnis dieser Reform verblieb der beste und größte Teil des Bodens in Gutsbesitzer- und Großbauernhänden. Im Jahre 1930 gehörten, der amtlichen Statistik zufolge, 27,7 Prozent der gesamten Bodenfläche 12 200 Gutsbesitzern, deren jeder über mehr als 100 Hektar verfügte, während 2,5 Millionen Bauern, die Parzellen von weniger als 5 Hektar innehatten, ebensoviel Boden wie diese Gutsbesitzergruppe besaßen.

Der Sieg der Volksdemokratie führte die politische, wirtschaftliche und kulturelle Wiedergeburt des rumänischen Dorfs herbei. Die Bodenreform von 1945 war der erste historische Schritt in dieser Richtung. Durch das Gesetz vom 22. März 1945 erhielten 750 000 landlose und landarme Bauern Boden. Unter der werktätigen Bauern-

schaft wurden über 1 400 000 Hektar Gutsbesitzerländereien aufgeteilt. Tagelöhner und landarme Bauern erhielten zum erstenmal die Möglichkeit, wirtschaftlich auf die Beine zu kommen.

* * *

Versuchen wir, das neue Leben der Bauern des Dorfes Folșani zu schildern. Hier haben 125 Bauernhöfe gute Parzellen von früheren Gutsherrengrundstücken bekommen. Die Tagelöhner von gestern sind Landwirte geworden.

Der Staat gewährte den Bauern bedeutende Kredite zum Erwerb von Inventar, Zugvieh und Mineraldünger. Zum Bau und zur Einrichtung einer neuen Schule und eines Krankenhauses wurde ein Darlehen von 1 200 000 Lei gewährt. Die Vorbereitung zur Frühjahrssaat begann bereits im Winter: die Bauern reparierten das landwirtschaftliche Inventar der staatlichen Leihstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren, sortierten das Saatgut und beschafften Düngemittel.

Die Arbeiter des Bukarester Maschinenbauwerks, die die Patenschaft über das Dorf Folșani ausüben, halfen nach Kräften. Sie entsandten Reparaturtrupps und Amateurkünstlergruppen, reparierten die Geräte und die Maschinen, veranstalteten Aussprachen, Vorlesungen und Konzerte.

Im Frühjahr d. J. sind im rumänischen Dorf viel neue Genossenschaften zu gemeinsamer Bodenbestellung entstanden. Über 300 000 Bauernwirtschaften sind schon in solchen Genossenschaften zusammengefaßt. Im Vorjahr gründeten frühere Tagelöhner und Armbauern im Dorf Folșani die erste Genossenschaft zu gemeinsamer Bodenbestellung, die 50 Wirtschaften vereinte. Mittels der Traktoren der staatlichen Leihstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren wurde der Boden der Genossenschaft vorfristig gepflügt und besät. Es wurde eine sehr gute Ernte eingefüllt. In diesem Frühjahr schließen sich noch 110 Bauernwirtschaften zu gemeinsamer Bodenbestellung zusammen.

* * *

Auf Regierungsbeschuß werden in den rumänischen Dörfern Staatsfarmen geschaffen, die mit vorgeschrifteter Technik ausgerüstet und mit technischen Fachkräften versehen sind. Ende 1948

gab es im Lande 381 solcher Farmen. Sie versorgen die Bauern mit Sortensaatgut, ziehen Zuchtvieh auf und helfen den Bauern bei der Bodenbearbeitung und der Reparatur der landwirtschaftlichen Geräte. Gleichzeitig befassen sich die Staatsfarmen mit der Ausbildung landwirtschaftlicher Fachkräfte. Den Farmen sind Landwirtschaftsschulen für Instrukteure und Agronomen, für Tierärzte und andere Fachleute angegliedert.

Erhöhte Ernteerträge und gesteigerte Ergiebigkeit der Viehzucht auf Grund der Einbürgerung fortschrittlicher agrotechnischer Methoden anzustreben — das ist Aufgabe der Staatsfarmen. Es sind dies Musterwirtschaften, die den Bauernmassen in der Praxis die Vorzüge mechanisierter Landwirtschaftsarbeit und wissenschaftlich erprobter agrotechnischer Methoden, die Überlegenheit sozialistischen Ackerbaus, vor Augen führen.

* * *

Der Beginn der Frühjahrssfeldarbeiten ist in Folsani ein Festtag. In der Dorfversammlung werden verschiedene wichtige Angelegenheiten erörtert, darunter der Vertrag mit der staatlichen Leihstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren über Dienstleistungen bei der Frühjahrssäaat und bei den Erntearbeiten.

Zu Gast waren die Paten ins Dorf gekommen — Arbeiter des Maschinenbauwerks —, Vertreter der Bezirksorganisationen und die Leiter der erwähnten Leihstelle.

Vom Morgen an zogen die Bauern in Gruppen oder einzeln zum Dorfplatz. Sie lagerten sich im grünen Gras und umgaben in engem Kreis die geschmückte Tribüne.

Der alte grauhaarige Primarius Negrescu eröffnet die Gemeindeversammlung. Danach sprechen einfache Menschen in einfachen Worten über die großen und kleinen Angelegenheiten ihres Dorfs. Über die Reparatur des Pflugs und die sozialistische Umgestaltung des Dorfs. Ein früherer Tagelöhner, der alte Bauer Jon Udrea, sagt:

„Wir haben angefangen, besser zu leben, aber noch nicht so, wie es nötig wäre; unsere Schwäche besteht darin, daß unsere Wirtschaften — die der Tagelöhner und der Mittelbauern — kraftlos und zersplittert sind. Auf einem kleinen Bodenfetzen kann man neueste agrotechnische Errungenschaften und komplizierte landwirtschaftliche Maschinen nicht zur Anwendung bringen. Traktoren und Produktionsgenossenschaften sind unsere einzige Rettung. Ohne sie kommen wir nicht vom Fleck...“

Die Dorfversammlung geht zu Ende. Aber die Leute laufen nicht auseinander: sie erwarten die Traktorenkolonne aus der benachbarten Leihstelle. Bald vernimmt man tatsächlich

das Rattern von Rädern, das Dröhnen von Motoren, und die gewundene Akazienstraße entlang kommt die Traktorenkolonne und biegt auf den Platz ein. Die junge Bäuerin Elena Oprescu, das rote Kopftuch flott auf den Hinterkopf geschoben, führt stolz und zuversichtlich den Spitzentraktor. Die Kolonne beschreibt auf dem Platz einen scharfen Bogen und schlägt die Richtung in die weite Donausteppe ein.

* * *

Fünf Kilometer von Folsani entfernt, im Dorf Vagram, liegt eine staatliche Leihstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren. In dem hellen, geräumigen Gebäude der früheren Pferdeställe des Gestütbesitzers Pop stehen in ordentlichen Reihen einige Dutzend Traktoren verschiedener Marke, darunter im Vordergrund funkelnagelneue dreirädrige Traktoren Marke IAR. Im Winter hat die Leihstelle aus dem Werk in Brașov 18 Traktoren erhalten. Jetzt erwartet man von Tag zu Tag noch 5 Sowjettraktoren, Marke ChTS.

Die Leihstelle existiert das zweite Jahr, aber sie hat schon sehr viel geleistet. Ihre Arbeit, wie auch die aller anderen Leihstellen des Landes, geht in wachsendem Tempo vor sich. Sogleich nach der Bodenreform von 1945 begann man die Leihstellen für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren zu schaffen. Alle landwirtschaftlichen Maschinen, die infolge der Beseitigung des Großgrundbesitzes Staatseigentum geworden waren, wurden den Leihstellen übergeben, die sie den Bauern zur Verfügung stellen.

Rumäniens Landwirtschaft wird mechanisiert. Im Frühjahr d. J. wird sie von Dutzenden Leihstellen bedient, die mehr als 4000 Traktoren besitzen. Im Vorjahr gelang es den Großbauern, die Unerfahrenheit des Leihstellenpersonals auszunutzen und einen großen Teil der Maschinen auf ihre eigenen Felder hinüberzulenken. In diesem Jahr werden die Traktoren vorwiegend den Arm- und Mittelbauernwirtschaften zur Verfügung stehen, die sich in den Genossenschaften zu gemeinsamer Bodenbestellung vereinigt haben.

Im Dorf Raman, Kreis Constanța, machten wir uns mit der Arbeit einer neuen, soeben gegründeten Leihstelle bekannt.

„Wir beginnen grade erst zu arbeiten, aber es hat schon ein solcher Andrang von Bauern eingesetzt, daß es schwerfällt, sie alle zufriedenzustellen“, erzählt Petru Stoian, der Direktor der Leihstelle. „Vor der Frühjahrssäaat haben wir 250 Verträge mit Arm- und Mittelbauern abgeschlossen, aber es gibt noch viele Anwärter.“

Nach dem Wirtschaftsplan für 1949 wird die Industrieproduktion Rumäniens gegenüber 1948

um 40 Prozent zunehmen. Die Rohseengewinnung wird gegenüber dem Vorjahr 135 Prozent ausmachen, die Walzeisenproduktion 130 Prozent, die Stahlerzeugung 116 Prozent, der Traktorenbau 125 Prozent.

Eine so bedeutende Erweiterung der industriellen Basis stellt die weitere Mechanisierung der Landwirtschaft sicher. Plangemäß wird die Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen im Jahre 1949 um 140 Prozent zunehmen; es werden mehr als 20 neue Leihstellen für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren geschaffen werden; der Traktorenpark wird sich um 1500 Traktoren vermehren. Der durchschnittliche Ernteetrag soll sich gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent steigern. In den nächsten Jahren wird der Traktorenpark auf 30 000 Traktoren anwachsen.

Die Sowjetunion hilft Rumänien bei der Mechanisierung seiner Landwirtschaft. Auf Grund des bestehenden Wirtschaftsabkommens erhält Rumänien Sowjettraktoren sowie das für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen notwendige Rohmaterial.

* * *

In der Mitte des Dorfs, in einem früheren Herrsitz, befindet sich der Klub. Abends ist der Dorfklub stets voller Menschen. Hier führt man Filme vor, hier werden Vorträge gehalten, darunter solche über die Errungenschaften sowjetischer Selektionsforscher, über die Erfolge angesehener Kollektivbauern, der Meister reicher Ernten, der Helden der Sozialistischen Arbeit.

Der Sowjetfilm „Mitschurin“ wird im Klub schon den zweiten Tag vorgeführt. Die Bauern nehmen den Film über den großen Umgestalter der Natur mit Begeisterung auf. Nach der Vorführung veranstaltet man im Zuschauerraum, unter Teilnahme eines unlängst in dies Dorf entsandten Agronomen, eine Diskussion über den Film. Die Bauern machen hier sogleich einen Vorschlag: am Dorfrand, am Ufer der Donau, einen Volkspark anzulegen.

Im Klub hängen viele Plakate und Diagramme, die das kulturelle Wachstum des Dorfs veranschaulichen. In einem schönen Rahmen sind Bauprojekte für eine Dorfschule und ein Krankenhaus ausgestellt, deren Bau noch in diesem Frühjahr begonnen werden soll.

An auffälliger Stelle ist im Saal ein Schaukasten mit Photoporträts der tüchtigsten Menschen des Dorfs angebracht; in ihrer Mitte ein bekanntes Gesicht: Elena Oprescu, Arbeitstruppleiterin einer staatlichen Leihstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren.

Im Klub ist zeitweilig, bis zur Fertigstellung des Krankenhauses, eine Sanitätsstelle unter-

gebracht, die von Lidia Filipescu geleitet wird. Im Jahre 1945 wurde dies Dorfmädchen auf Beschuß der Dorfversammlung nach Bukarest in eine Sanitätsschule entsandt. Im Vorjahr ist sie nach Abschluß der Studienzeit in ihr Heimatdorf zurückgekehrt. Die Bauern können ihre Tätigkeit gar nicht genug loben.

Jeden Abend versammelt sich im Klub zur Teilnahme am Zirkel für die Beseitigung des Analphabetums eine Anzahl Bauern verschiedener Altersstufen, darunter solche, die bis ins hohe Alter ihren Namen nicht schreiben konnten. Jetzt werden sie ihre Unterschrift nicht mehr durch einen Daumenabdruck ersetzen.

Erstaunlich viel hat das Dorf binnen so kurzer Zeit für den Kulturaufschwung, für die Aufklärung des einst unwissenden, geknechteten rumänischen Bauern geleistet. Seit 1945 wurden mehr als 600 000 Bauern im Lesen und Schreiben unterwiesen. Im Schuljahr 1948/49 sollen plangemäß mehr als 2 Millionen Menschen lesen und schreiben lernen. Bereits im Vorjahr wurden Landwirtschaftsschulen zur Vorbereitung qualifizierter landwirtschaftlicher Fachkräfte gegründet.

Es wurden 24 Traktoristenschulen gegründet, in denen 3425 Personen, vorwiegend Jugendliche, unterrichtet werden. In vielen Dörfern sind Kulturhäuser, Klubs und Bibliotheken eröffnet worden. Insgesamt gibt es im Lande 3700 Kulturhäuser.

Die ärztliche Betreuung der Dorfbevölkerung hat sich verbessert. Früher kam auf 12 000 Einwohner ein Arzt. Jetzt gibt es in jedem Dorf wenn nicht einen Arzt, so doch eine Krankenschwester. Viele Krankenhäuser und Sanitätsstellen wurden eingerichtet.

Helfen die Arbeiter dem Dorf, so helfen auch die Bauern der Stadt. Auf staatlich wichtigen Baustellen und in Dörfern arbeiteten im Vorjahr über 3000 Arbeitstrupps, die aus mehr als 100 000 freiwillig arbeitender Bauern bestanden. Diese Trupps setzten mehr als 2000 Kilometer Landstraße und 240 Brücken instand, pflanzten 500 000 Obstbäume, errichteten und renovierten Dutzende Schulen und Krankenhäuser.

Auf Initiative der Bauern wird das Dorf elektrifiziert. Es wurden bedeutende Arbeiten in Angriff genommen, um Sumpf- und Trockengebiete in fruchtbare Ländereien zu verwandeln.

* * *

Im Dorf Folsani waren wir Zeugen folgender Szene. Eine Anzahl Bauern erschien bei Jon Danicu, dem Sekretär der Dorforganisation der Arbeiterpartei. Der hochgewachsene, ein wenig gebückte brünette Mann in mittleren Jahren, mit

schwarzen lebhaften Augen im ermüdeten Gesicht stand auf der Außentreppe des Dorfklubs im Gespräch mit Bauern, die ihn umringten. Es war die Zeit angespanntester Arbeit. Die Aussaat hatte angefangen. Der Frühling begann in diesem Jahr spät, man muß sich sputen. Das Dorf bestellt anderthalbmal mehr Land als im Vorjahr.

Die Bauern kamen zum Sekretär der Parteiorganisation: die einen mit der Bitte um Beistand und Rat, die andern mit dem Anerbieten von Beistand und Rat. Der eine bittet um Saatgut; bei dem andern ist ein Pferd gefallen, er weiß nicht, womit er pflügen soll; ein dritter ist mit dem Vorschlag gekommen, wie man die Feldarbeiten besser organisieren könnte.

Die Dorfparteiorganisation hat 33 Mitglieder. Das ist die Vorhut des Dorfs. Die meisten von ihnen, wie auch der Sekretär der Organisation, sind frühere Tagelöhner, die sowohl die grausame Ausbeutung durch die Gutsbesitzer wie Antonescu faschistische Kerker ausgekostet haben.

Die Bauern wollen auf neue Art leben, sie haben vielerlei Fragen, viele unaufschiebbare Bedürfnisse. Die Parteiorganisation leitet den Kampf gegen die Rückständigkeit in der Landwirtschaft. In diesem Jahr wenden die Bauern des Dorfes Folsani zum erstenmal einen regelrechten Fruchtwechsel an, sie machen Neuland urbar. Wenn vom Fruchtwechsel die Rede ist, zeigt es sich, wieviel Konservatismus noch in den Leuten steckt, wie stark noch die Überreste der Vergangenheit sind. Die Bauern, gewohnt, aufs Geratewohl draufloszusäen, gehen auf die Einbürgerung vorgesetzter Agrotechnik nur zögernd ein. Nur allmählich überzeugen sie sich in der Praxis, was die Wissenschaft zu geben vermag, wenn sie dem Volk dient.

In Rumäniens kleinen und großen Dörfern ist ein tiefgreifender Umschwung eingetreten, man wendet sich der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft zu. Diesen Umschwung begleitet ein heftiger Kampf zwischen der werktätigen Bauernschaft und dem Großbauerntum. Als man im Vorjahr die Genossenschaften zu gemeinsamer Bodenbestellung zu gründen begann, entfalteten die kapitalistischen Elemente eine provokatorische Kampagne. Sie beschränkten sich nicht auf Agitation gegen den Übergang zu einer progressiveren Landwirtschaftsform, sie griffen zu Erpressungen und sogar zu terroristischen

Ausschreitungen gegen die Dorfaktivisten. Die Großbauern versuchen, sich die führende Rolle im Dorf zu wahren, sie wollen im Dorf schalten und walten.

„Solche Leute gibt es bei uns“, erzählt Jon Danciu. „Vor der Bodenreform hatten sie eine gehörige Wirtschaft und beuteten Tagelöhner aus. Nach der Bodenreform haben die Tagelöhner und die landarmen Bauern Boden erhalten, aber sie hatten nichts, womit sie ihn hätten bestellen können. Die einen konnten damit irgendwie zu Rande kommen, aber andere mußten ihre Parzellen verpachten oder sogar verkaufen. Die Großbauern nutzten das aus, und sie begannen den Boden aufzukaufen. Verhetzt von reaktionären Elementen aus den früheren bürgerlich-gutsbesitzerlichen Parteien, versuchten sie, die landwirtschaftliche Produktion zu sabotieren und die Regierungsmaßnahmen zu hintertreiben. Aber da hatten sie sich verrechnet. Die werktätige Bauernschaft hat den energischen Beistand der Volksmacht erhalten. Die Sabotage und das Schädlingsstreiben der Großbauern werden entlarvt und stoßen auf entschlossenen Widerstand...“

Die Agrarpolitik, die von der Regierung der Volksrepublik und von der rumänischen Arbeiterpartei betrieben wird, zielt auf allseitige Entwicklung und Stabilisierung der rumänischen Landwirtschaft ab, auf entschiedene Unterstützung der werktätigen Bauernschaft sowie den Schutz ihrer Interessen, auf den Kampf gegen die Bodenspekulation und die Vereitelung der Versuche der Großbauern, die ärmste Bauernschaft des erhaltenen Bodens zu berauben. Es wurde sogar ein Sondergesetz angenommen, das sämtliche in den Jahren 1946/47 getätigten Bodenverkäufe annulliert.

* * *

Die von der Volksregierung und der Arbeiterpartei Rumäniens durchgeführten kühnen demokratischen Umgestaltungen bedeuteten einen historischen Umschwung im Schicksal der rumänischen Bauernschaft. Die Wirtschaftspolitik der Regierung in bezug auf das Dorf schafft alle Voraussetzungen für einen weiteren Aufschwung der Landwirtschaft.

Das rumänische Dorf erlebt einen wirklichen Frühling — in jedem Sinn dieses Worts.

In Täbris

(Reisenotizen)

T. TERPIGOREW

WIR langten am 21. März — dem Vortag des „nourus bairam“ — in Täbris an. Nourus bairam ist das iranische Neujahrsfest. Dieser Tag wird von allen Bevölkerungsschichten stets als Frühlingsanfang gefeiert. Die Ämter werden für fünf Tage geschlossen, und das ganze Fest dauert insgesamt 13 Tage. In diesem Jahr waren am Nourus-bairam-Tag keinerlei Anzeichen des Frühlings zu bemerken. Die engen Straßen und Sackgäßchen von Täbris waren von geschwärzten Schneewehen versperrt. Schneehaufen auf den Höfen erinnerten an den schweren Winter dieses Jahres. Der Winter war ungewöhnlich rauh und kalt. Wochenlang hielt ein Frost von 20 Grad an, für diesen Landstrich eine Seltenheit.

Auf dem Wege nach Ardebil erfror der Gouverneur der Stadt Astara im Kraftwagen. Was soll man erst von den erschöpften Bauern und den halbverhungerten Städtern Iranisch-Aserbaidschans sagen? In den leichten Strohhütten mit ausgeschlagenen Fensterscheiben und verfaulten Fensterrahmen erfroren ganze Familien. In Täbris belagerten Haufen verzweifelter Menschen das Gebäude des Generalgouverneurs und verlangten Hilfe: Brennholz und Lebensmittel. Die Polizisten wehrten die Menge ab und versperrten ihr den Weg in den Hof.

Um ein kleines Zimmer zu beheizen, muß man 60 Toman monatlich für Holz ausgeben. Das ist der Monatslohn eines erwachsenen Arbeiters. Einen solchen Luxus können sich weder Arbeiter noch Angestellte leisten, ganz zu schweigen von den Arbeitslosen und den ruinierten Händlern und Handwerkern.

In jedem Laden drängten sich vor den eisernen Ofen Dutzende von Frauen mit Kindern und bettelten um ein wenig Wärme. Sie wurden auf die Straße gejagt. Die Frauen nahmen ihre Kinder auf den Arm und liefen, mit den Sommerschuhen über den Schnee tappend, in den nächsten Laden. Das war tagsüber. Was aber sollte man nachts tun, wo sollte man sich nachts erwärmen? Die Verzweiflung half, dies schwierige Problem zu lösen. Die Menschen gingen abends auf die Straße und gerieten wegen Verletzung des Kriegszustands auf die Polizeiwache, wo sie sich in den überfüllten Zellen wärmtten.

Die meisten Einwohner von Täbris sind unterernährt, die Stadtarmut hungert. Die Massen-

verhaftungen, die zur Zeit der Zerschmetterung der demokratischen Bewegung vorgenommen wurden, raubten vielen Familien den Ernährer.

Die in Täbris erscheinende Zeitung „Farjad“ schildert das Leben in der Stadt wie folgt:

„Armut und Elend des Volkes haben die Grenze erreicht, wo sie kritisch werden. Tagtäglich kann man Menschen sehen, die ihre dürftige Habe feilbieten, um nicht Hungers zu sterben. Die außergewöhnlich strengen Fröste dieses Winters haben, zusammen mit dem Elend, die unglücklichen, enterbten Menschen endgültig ruiniert. Mit jedem Tag wachsen das Elend und die Zahl der Todesfälle. Es muß offen gesagt werden, daß die Unzufriedenheit im Volke immer mehr zunimmt.“

Eines schneiigen Märzmorgens ertönten schrille Sirenenpfeife durch die Stadt. Mit solchen Signalen gibt man hier bekannt, daß ein Streik begonnen hat. Wie sich herausstellte, hatten die Arbeiter der Textilfabrik „Peschmine“ die Arbeit eingestellt und die Auszahlung der einbehaltenen Löhne und zu Neujahr zustehenden Unterstützungssummen verlangt. Sogleich erschien ein Trupp bewaffneter Soldaten mit Oberst Mehrdad an der Spitze in der Fabrik. Der Oberst hielt vor den Versammelten eine Rede, in der es von Drogungen wimmelte. Er schrie:

„Vergeßt nicht, daß das nicht das Regime Pischewaris ist, unter dem ihr frei sprechen und tun und lassen konntet, was ihr Lust hattet. Die Zeiten sind vorbei. Ihr seid in unserer Macht, und wir tun mit euch, was wir wollen und was uns genehm ist. Ich verstehe, daß einzelne Aufrührer unter euch sind, die diesen Streik provoziert haben. Wer nennt mir die Namen der Aufrührer und Verräter?“

Ein alter Arbeiter namens Hassan trat aus der Menge hervor. Er drehte sich zu den Arbeitern um und sagte:

„Kollegen! Als ich heute früh zur Arbeit gehen wollte, fragten mich meine Kinder: „Vater, kaufst du uns Lawasch und machst du uns zum nourus bairam eine süße Reisspeise? Wir haben nichts anzuziehen, wir schämen uns, auf die Straße zu gehen. Was schenkst du uns zum Fest?“

„Kinder, ich habe kein Geld“, antwortete ich.

„Aber du arbeitest doch?“

„Ja, ich arbeite, aber man zahlt mir nicht.“

„Dann verlange es!“

Deshalb fordern wir, daß ihr uns alles zahlt, was uns zukommt. Jetzt aber will ich auf die

Frage des Herrn Obersten antworten. Ja, es sind Aufwiegler unter uns: unsere hungrigen und zerlumpten Frauen, unsere Kinder, unsere leeren Mägen..."

Sonst meldete sich niemand mehr zum Wort. Oberst Mehrdad überließ das weitere seinen Soldaten. Sie fielen über die wehrlose Menge her und begannen sie durch Prügel auseinanderzujagen. Einige Arbeiter wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Zwölf Personen wurden verhaftet und brachten das Neujahrsfest im Gefängnis zu.

Dieser wüste Exzeß ist nichts Außergewöhnliches. In den mehr als zwei Jahren, die seit der Zerschmetterung der demokratischen Bewegung vergangen sind, hört der Terror keinen Tag auf. In allen Städten werden noch bis auf den heutigen Tag systematisch Verhaftungen vorgenommen. Zu Erpressungszwecken und um Bestechungssummen zu ergattern, fabrizieren Agenten der Geheimpolizei häufig Anzeigen gegen völlig unschuldige Menschen.

Eine neue Welle zügelloser Repressalien nahm nach dem provokatorischen Attentat auf den Schah (Februar d. J.) ihren Anfang. In Täbris wurden sogar solche ergriffen, die schon früher verhaftet und mangels Beweisen freigelassen worden waren. Das Blättchen „Ahtare Schemal“, das Saïd-Organ in Iranisch-Aserbaidschan, hat Gendarmenfunktionen übernommen und die Namen derjenigen veröffentlicht, die nach Ansicht seines Redakteurs, des Auslandsspions Korrubi, hinter Gitter gesetzt werden sollten. Kleinhändler, Lehrer, Arbeitslose, Handwerker und Journalisten füllen die Gefängniszellen. Auch der Redakteur der Zeitung „Farjad“, Katibi, der die Unvorsichtigkeit besaß, den Expolizeichef General Sarabi einen Gauner zu nennen und in seinem Blatt wahrheitsgetreu über die Lage des aserbaidschanischen Volkes zu schreiben, entging der Verhaftung nicht.

Mit besonderer Schwere trafen die Repressalien diejenigen, die während des Krieges in Sowjetämtern gearbeitet hatten. Gegen sie wurden die dümmsten Anschuldigungen fabriziert, bei Haussuchungen beschlagnahmte man jede beliebige Druckschrift in russischer Sprache, von Lesefibeln bis zu Puschkinversen und sogar Übersetzungen von Romanen Jules Vernes und Mayne Reids. Es genügt, bei einem Einwohner von Täbris ein Buch in russischer Sprache zu finden, damit er zu einem „gefährlichen Verbrecher“ und „Aufrührer“ erklärt werde. Dagegen werden Besitzer jeder beliebigen profaschistischen Pogromliteratur, beispielsweise in englischer Sprache, nicht im geringsten verdächtigt. Mehr noch, die dortigen Militärs und die Ortspolizei helfen selbst, solche Literatur zu verbreiten.

Unter den in letzter Zeit Verhafteten sind zahlreiche Armenier. Sie wurden den Polizeiorganen ausgeliefert, wie man in Täbris allgemein annimmt, von einer etwa zehn Mann starken Daschnakenbande. Diese Bande steht durch zwei erbärmliche Abenteurer, Avtandelian und Stepanian, mit der Polizei in Verbindung. Ihre Namen sind in der armenischen Öffentlichkeit von Täbris bekannt.

Der Terror und die Polizeiwillkür sind ein Ausdruck der Furcht der iranischen Reaktion vor dem aserbaidschanischen Volke und seinen demokratischen Bestrebungen.

In Iranisch-Aserbaidschan wird der Kriegszustand nun schon das dritte Jahr aufrechterhalten. Lange vor Mitternacht füllen sich die Straßen mit Streifen zu Fuß und zu Pferde.

„He, wer da? Halt oder ich schieße!“ hört man den Sarbas rufen.

Dabei ist längst niemand mehr auf der Straße. Wie sich herausstellt, ist das ein vagabundierender Hund, der einen ausgekochten und kahlgegartenen Hammelkopf durch die Gasse schleift. Ein Stoß mit dem Kolben trifft den Hund.

Kaum zeigt sich ein Kraftwagen, so wird ihm der Weg von einem Zug Soldaten verstellte. Nach langem Hin und Her findet sich endlich ein Beherzter, der mit dem Gewehr im Anschlag Schneid genug hat, an friedliche Fahrgäste aus Ardebil heranzutreten, die am Schablipaß steckengeblieben sind. Er prüft ihre Papiere.

Der Kriegszustand bietet der Bevölkerung keinerlei Sicherheit, im Gegenteil, die Räubereien nehmen immer bedrohlicheren Charakter an. Man raubt nicht nur in abgelegenen Gäßchen, wo sich die Polizei selbst zur Tageszeit nicht zu zeigen wagt, sondern auch im Stadtzentrum, auf der Chijaban Pehlewi. Täbriser erzählen, daß die Ladeninhaber in den Hauptstraßen voriges Jahr einmal in einen eigenartigen Streik getreten seien: aus Protest gegen die massenhaft auftretenden Raubüberfälle schlossen sie ihre Läden.

Wer während des Krieges oder 1946 in Täbris war, erkennt die damals so belebte, schaffensfreudige Stadt nicht wieder. Vor allem fehlt es an Kraftstrom. Die Stadt wird nur mit Unterbrechungen beleuchtet. Seit dem iranischen Neujahr erhalten die Wohnhäuser überhaupt keinen Strom mehr. Die Ortszeitung „Täbris“ macht, gerade als wir dort waren, den Einwohnern die freudige Mitteilung, der „liebe Vater Iranisch-Aserbaidschans, General Schahbahti“, habe befohlen, in Zukunft nur die Straßen zu beleuchten, um es „den Polizisten und den Militärstreifen“ möglich zu machen, „ungehindert alle Passanten zu beobachten.“ Daß die Behausungen der Täbriser, die infolge des Kriegszustands schon in aller Frühe in den Häusern sitzen müssen, ohne Licht sind, daß

die Täbriser keine Möglichkeit haben, Rundfunk zu hören, das alles kümmert diese Hüter der Ordnung nicht.

Anfang 1947 trat Ali Mansur, der Generalgouverneur Iranisch-Aserbaidschans, mit vielversprechenden Reformplänen hervor. Er versprach, Täbris wenn nicht in ein Paradies auf Erden, so doch in etwas ganz Ähnliches zu verwandeln. In seiner Eile, dies erhabene Ziel möglichst rasch zu erreichen, befahl er, einen Teil des Gouverneursgebäudes einzureißen, um ein neues zu errichten und gleichzeitig den Bau einer städtischen Badeanstalt mit tausend Zellen zu beginnen. Der zur Abtragung bestimmte Teil des Gebäudes wurde auch wirklich eingerissen, aber die Projekte für die Badeanstalt und für die Wasserversorgung der Stadt verschlangen Riesensummen, und damit hatte die Sache ihr Bewenden. Mansur wurde von Fahimi, dem ehemaligen Innenminister, abgelöst. Dieser verfügte vor allem, die Bautätigkeit einzustellen und das Gerede über die Wasserversorgung und die Badeanstalt unterbleiben zu lassen. Statt dessen schlug er vor, unverzüglich die Straße zu erweitern, die zum amerikanischen Konsulat führt und am Strand liegt. Privathäuser wurden abgetragen, die Entschädigung ihrer Besitzer verschlang einen großen Teil der Mittel, die für die städtische Bautätigkeit bewilligt worden waren.

In Teheran wußte man Fahimis Bemühungen zu schätzen, man gab ihm den Posten eines Ministers ohne Portefeuille. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der neue Generalgouverneur die bequeme Auffahrt zum amerikanischen Konsulat fertigstellen wird, sei es auch nur um der eigenen Bequemlichkeit willen sowie wegen der Brennstoffersparnis bei seinen häufigen Fahrten dorthin.

Die Täbriser pflegen zu sagen:

„Billiger und einfacher wäre es gewesen, den amerikanischen Konsul gleich im Gouverneursgebäude unterzubringen.“

Das ist eine Bemerkung, die den Nagel auf den Kopf trifft. Die Bevölkerung weiß sehr wohl, daß die Bedeutung der Zivilbehörden in Iranisch-Aserbaidschan völlig zunichte gemacht wurde. Faktisch ist dort ein Regime der Militärdiktatur eingeführt. Alle Zivil- und Militärangelegenheiten entscheidet der Korpsgeneral Schahbahti. Dieser General, der nur das Blut seiner eigenen Landsleute vergossen hat, ist deshalb an der Macht, weil er voll Eifer die Direktiven der amerikanischen Militärberater befolgt, die die wahren Herren des Landes sind.

Für die amerikanischen Pläne im Iran konnte das sich industriell entwickelnde und wirtschaftlich stabile Iranisch-Aserbaidschan nur ein Hindernis sein. Die USA-Imperialisten betrachten es vor allem als ein Gebiet, das zu Militärstützpunkten

hergerichtet werden kann. Je eher Täbris sich in einen Provinzkrähwinkel verwandelt, desto leichter werden die amerikanischen und die englischen Residenten dort wirtschaften können.

Die Absichten der USA im Hinblick auf Iran kommen in dem sogenannten Siebenjahrplan für die Rekonstruktion des Iran zum Ausdruck, dessen Sinn im Ausbau und in der Anlegung von Militärobjekten liegt. Die Ausführung der Pläne des transatlantischen Militärklüngels ist es auch, womit sich General Schahbahti befaßt.

Schahbahti hatte niemals irgendwelche Beziehungen zum aserbaidschanischen Volk. Man kennt diesen General hier als grausamen Henker, der vor jedem beliebigen amerikanischen Hauptmann strammsteht. Das hindert ihn nicht daran, sich frech für den Führer des aserbaidschanischen Volkes auszugeben. Wenn er Inspektionsreisen durch die Provinz unternimmt, so verlangt er, daß man ihm einen festlichen Empfang bereitet, er gibt verschiedene Erklärungen ab und bringt Projekte vor. Die Ortszeitungen sind verpflichtet, ihn zu loben und ihm für irgendwelche unerfindlichen Wohltaten zu danken.

Die völlige Abhängigkeit der Zivilbehörden von den ausländischen „Ratgebern“ und der verderbliche außenpolitische Kurs der regierenden Clique haben dazu geführt, daß Iranisch-Aserbaidschan zu einer ruinierten, wirtschaftlich dahinsiechenden Provinz geworden ist. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Löhne sinken, die Lebensmittel werden teurer. Der ungeheuerliche politische und wirtschaftliche Druck löst selbstverständlich Gegenaktionen des aserbaidschanischen Volkes aus, das zur Geschichte des Iran ruhmreiche Seiten des Kampfes für Freiheit und Unabhängigkeit beigesteuert hat.

In Iranisch-Aserbaidschan steht ein großer Teil der iranischen Armee. Aber General Schahbahti fordert neue Verstärkungen an, um mit dem Volk abzurechnen. Außerdem braucht er die Verstärkungen, weil er selbst nicht sehr von der Kampffähigkeit seiner Armee überzeugt ist. Die hungrigen, schmutzigen, zerlumpten Soldaten verstößen immer öfter gegen die Disziplin, die Fälle von Desertion mehren sich. Über die Zustände in der iranischen Armee bringt die Presse interessante Äußerungen. Die Offiziere quälen die Soldaten, sie prügeln sie, mißbrauchen sie für erniedrigende Aufträge, die nichts mit dem Militärdienst zu tun haben. Der Soldat wird ausgepeitscht, manchmal so lange, bis er den Hieben erliegt. In der Presse finden sich Meldungen über Selbstmorde von Soldaten, die diesen Schimpf, der ihrer Menschenwürde angetan wird, nicht ertragen können.

Auf der Suche nach neuen Mitteln zur Bekämpfung des Volkes haben die Behörden in Täbris einige Faschistenbanden geschaffen. Diese Banden terrorisieren die Bevölkerung und befassen

sich mit Antisowjetprovokationen. Sie werden auf Polizeikosten unterhalten. Eine solche Bande, bestehend aus einem Händler, einem Handwerker und einigen Verbrechertypen, drang in das Kino „Watan“ ein, wo der Sowjetfilm „Die Jugend unseres Landes“ mit großem Erfolg gezeigt wurde. Dort inszenierten sie einen Skandal.

Man verbietet dem aserbaidschanischen Volk, seine Muttersprache zu sprechen, man hat ihm seine nationale Unabhängigkeit und seine kulturellen Errungenschaften genommen, die besten seiner Söhne werden ermordet oder kommen in den Gefängnissen um, man droht ihm mit amerikanischen Bajonetten.

... Vier Wochen haben wir in Täbris zugebracht, da wir keine Möglichkeiten hatten, unseren Weg fortzusetzen. Wegen der Schneefälle und der Schneeschmelze blieben die Wagen auf den Landstraßen stecken. Ein Flugzeug tauchte zweimal über der Stadt auf, wagte es aber nicht, zu landen, und kehrte nach Teheran zurück. Die von der Welt abgeschnittene Stadt erinnerte an ein Konzentrationslager, wo an den Abenden nur die Schritte von Patrouillen durch die öden Straßen hallten und wo die Schatten von Agenten der Geheimpolizei vorüberhuschten, die neuen Opfern auflauern.

Iran, im April 1949

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

General Eisenhower fälscht die Geschichte

Oberst L. BORISSENKO

IM JUNI v. J. trat Dwight D. Eisenhower, nachdem er die Generalsuniform gegen das Gewand des Akademikers vertauscht hatte, den Posten des Rektors der Columbia University an. Kurz vorher hatte er ein recht umfangreiches Buch mit dem Titel „Kreuzzug in Europa“* fertiggestellt. Einzelne Kapitel daraus wurden in vielen Zeitungen der USA und Europas abgedruckt und im amerikanischen Rundfunk gesendet. Das Buch erschien Ende November. Im Dezember bezeichnete man es in der Reklame als eins der meistbegehrten Bücher — als „Best-Seller“ —, als den Clou der Saison. In der Reklamekampagne vergaß man auch nicht, die Tatsache zu erwähnen, daß der Verfasser eine Million Dollar als Honorar erhalten hat.

Die Geschichte des zweiten Weltkriegs an seiner Hauptfront, der europäischen, ist das offizielle Thema von Eisenhowers Buch. Es umfaßt die Zeitspanne von Ende 1939 bis zum Augenblick der Kapitulation Deutschlands.

Die ersten Kapitel schildern den Zustand der amerikanischen Armee zu Anfang des zweiten Weltkriegs und den Prozeß der Herausbildung einer englischen und amerikanischen strategischen Konzeption. Zu jener Zeit, nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor, boten die USA-Armee und das Kriegsdepartement ein klägliches Bild. Da die USA keine Möglichkeit hatten,

die Schläge der Japaner mit Gegenschlägen zu beantworten, waren sie gezwungen, ihnen eine Position nach der anderen zu überlassen. Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1942 besetzten die Japaner die wichtigsten strategischen Punkte im Stillen Ozean.

Inzwischen fanden in Washington zahlreiche Sitzungen, Beratungen und Konferenzen der führenden Militärs der USA und Englands statt, auf denen man sich mit der Ausarbeitung eines strategischen Aktionsplans befaßte. Der Vereinigte englisch-amerikanische Stab ging Dutzende von Projekten durch (darunter wurde auch das Projekt eines hochgestellten USA-Generals ernsthaft und eingehend erörtert, das darin bestand, in Liberia zu landen und von dort aus ohne Eile eine Offensive gegen Europa zu beginnen) und gelangte natürgemäß zu dem Schluß, daß nur Großbritannien die Basis sein könne, von der aus die Offensive über den Ärmelkanal hinweg zu beginnen sei. Aber gerade dieser einfache und richtige Schluß stieß auf die stärksten Einwände.

Während alle Hauptkräfte der Hitlerfaschisten an der sowjetisch-deutschen Front festsaßen und der heroische Kampf der Sowjetarmee die Gefahr einer Invasion auf die britischen Inseln beseitigte sowie den USA und England die Möglichkeit zur Sammlung von Kräften gab, kam in den Washingtoner und Londoner Stäben die reaktionäre politische Strategie, die darauf berechnet war, die Fristen für eine Invasion in Westeuropa hinauszuschieben, voll zu Worte. Die regierenden Kreise

* Dwight D. Eisenhower. Crusade in Europe. Melbourne-London-Toronto 1948.

Englands und der USA, die darauf Kurs hielten, die Kräfte der Sowjetunion in ihrem Zweikampf mit Deutschland zu schwächen, stellten den Vorbereitungen zum Eindringen in Europa ein Hindernis nach dem andern in den Weg. In den Argumenten, die Eisenhower in seinem Buch jetzt rückwirkend für dies Verhalten anführt, schreibt er:

„Es war die sehr bestimmte Auffassung einiger unserer erfahrenen Soldaten, Matrosen und Flieger, daß die befestigte Küste Westeuropas nicht erfolgreich angegriffen werden könnte. Es war schon viel über die gewaltigen Bemühungen bekannt, die die Deutschen gemacht hatten, um die Integrität ihres Atlantikwalls zu sichern... Viele meinten, der Ansturm gegen einen solchen Typ von Verteidigungsanlage sei ein Unsinn, er sei nichts anderes als militärischer Selbstmord... Die Mehrheit nahm an, erst müßten bestimmte Anzeichen für die ins Wanken geratende deutsche Moral in Erscheinung treten, ehe der Versuch eines solchen Unternehmens durchführbar wäre.“ (S. 52.)

Da lag also der Hund begraben: man wollte Kräfte sammeln und den Moment abwarten, bis die Sowjetunion und Deutschland einander aufgerieben haben würden.

Wie bekannt, übernahmen die Regierungen Englands und der USA die Verpflichtung, die zweite Front gegen das faschistische Deutschland schon 1942 zu eröffnen. Die reaktionären Kreise beider Länder aber hatten ihre eigene Auffassung von Verbündetenpflichten. Als sie eine derartige Verpflichtung übernahmen, dachten sie nicht einmal daran, ihr tatsächlich nachzukommen. Um ihre wahre Politik vor der Öffentlichkeit zu tarnen und ihre Untätigkeit zu rechtfertigen, griffen sie zu einer ganzen Reihe von Tricks und Winkelzügen. Der fingerfertigste Meister und Inspirator dieser unsauberer Mache war Churchill, eine der gehorsamsten und dienstfertigsten ausführenden Kräfte war seine Kreatur, General Eisenhower. Als würdiger Schüler seines Schutzherrn sparte er keine Mühe im Kampf gegen die Eröffnung der zweiten Front.

„Ende Juni 1942 gab die Presse der USA und Großbritanniens den Ruf der Russen nach einer „zweiten Front“ wieder. Das störte uns Berufsmilitärs, ... denn die Ungeduld des Publikums zeigte klar das völlige Verständnis für die Schwierigkeit der damit zusammenhängenden Probleme...“ (S. 60.)

Diese und ähnliche „Beweisgründe“ sollen die Tatsache vertuschen, daß 1942 trotz der vorteilhaften strategischen Lage und dem für die Engländer und Amerikaner günstigen materiellen Kräfteverhältnis die zweite Front nicht eröffnet wurde. Das Ventil für die Entrüstung der Weltöffentlichkeit war die strategisch zweitrangige Kampagne in Nordafrika. Auf Drängen Churchills führte Eisenhower diese „Operationen“ an (die Operationen in Afrika schildert er in Kapitel 5—8

seines Buches). Eisenhower kann nicht leugnen, daß die Durchführung der Operationen in Afrika die Abzweigung von Material und Menschenressourcen vom hauptsächlichen Kriegsschauplatz, dem europäischen, notwendig machte.

„Der Beschuß, in Nordafrika einzudringen, brachte die Notwendigkeit mit sich, eine komplette Umstellung in unserem Denken und eine durchgreifende Revision unserer Pläne und Vorbereitungen vorzunehmen... Statt einer massierten Attacke über schmale Gewässer hinweg, würde die vorgeschlagene Expedition ein Übersetzen über die offene See erforderlich machen..., ein Brückenkopf an der afrikanischen Küste wäre möglicherweise nicht einmal zu halten.“ (S. 80.)

Auch die politische Seite des Eindringens in Nordafrika kann Eisenhower nicht unerwähnt lassen, aber er steht dabei wie gewöhnlich mit den Tatsachen nicht gerade auf freundschaftlichem Fuß. Er gibt zu, daß die politische Lage in dem Raum, in dem er vordrang, kompliziert war, und daß diese Maßnahme der Alliierten einen „recht eigenartigen Vorstoß von Streitkräften auf das Gebiet der internationalen Politik“ darstellte (S. 98.).

Bei der Verteilung der Alliiertenverpflichtungen wurde Eisenhower für die ganze Zeit des afrikanischen Feldzugs die Rolle des Chefs in der politischen Küche übertragen: er hatte die Angelegenheiten mit de Gaulle, Giraud, Darlan und anderen zu regeln. Mit Hilfe seines politischen Rätegebers, des nicht unbekannten Robert Murphy, war er auch imstande, ohne großen Skandal diese Suppe auszulöffeln. Churchill war mit ihm durchaus zufrieden. Seither war Eisenhowers weitere Karriere gesichert.

Es ist hier am Platze, von der wahren Rolle zu sprechen, die Eisenhower vom Beginn des afrikanischen Feldzugs bis zum Ende der Kampfhandlungen in Europa gespielt hat.

Bekanntlich ging England nach einem gewissen Feilschen mit den USA darauf ein, daß Eisenhower der Oberbefehlshaber der Alliierten in Nordafrika sein solle. Im Verlauf der politischen Kombinationen Eisenhowers mit den Vichyleuten überzeugten die Engländer sich davon, wie vorteilhaft es für sie war, einen Parade-Oberbefehlshaber zu besitzen, der mehr zur Politik als zur Strategie neigte. Gerade in Afrika wurde Eisenhower zum „politischen General“, d. h. zu einem Mann, der Churchill ausgezeichnet als Werkzeug für die Ausführung seiner politischen Pläne paßte. Hierfür besaß Eisenhower alle notwendigen Eigenschaften: er war ausdauernd, berechnend, skrupellos in der Wahl seiner Mittel, es zog ihn zum politischen Geschäftemachen, nicht zum Befehligen. Er sagte sogar einmal von sich selbst, er sei von Natur nicht General, sondern Geschäftsmann.

Gerade diese Eigenschaften Eisenhowers impozierten Churchill, der später, bei der Entscheidung

darüber, wer der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen auf dem Kriegsschauplatz am Mittelmeer und darauf an der Westfront werden solle, auf Eisenhowers Kandidatur bestand. Dadurch, daß sie auf Eisenhower setzten, bekamen Churchill und die englische Regierung die Möglichkeit, ihn einem beliebigen andern Kandidaten entgegenzustellen, bei dem sie im Zweifel darüber waren, ob er mit ihrer politischen Linie einer Verzögerung der zweiten Front sympathisiere. Eisenhower teilte ihren Standpunkt, mit Unterstützung der Engländer erhielt er den Posten des Oberbefehlshabers der Alliierten und wurde, wie amerikanische Offiziere sagten, zum „besten General, den die Engländer haben“.

Eisenhower fühlte sich Churchill natürlich verbunden und tat sein möglichstes, um seine „Schuld“ bei ihm abzutragen. Churchill seinerseits stand nicht an, aus der abhängigen Lage des USA-Generals Nutzen zu ziehen. Das gibt Eisenhower in seinem Buch auch zu:

„Er“ (Churchill) „... kannte meine Einstellung zu ihm sehr gut und schwankte nie, sich diese Kenntnis zunutze zu machen, um mich in jedem beliebigen Streitfall zu seiner Denkungsweise hinüberzuziehen. . .“ (S. 69.)

So entstand die Gemeinschaft zwischen Churchill und Eisenhower, deren vereinte Bemühungen um die Verschleppung der Eröffnung der zweiten Front die einfachen Menschen der ganzen Welt so teuer zu stehen kamen. Teuer zu stehen kamen die strategisch unzweckmäßigen Operationen auf Sizilien und dann in Italien, die auf Drängen Churchills unternommen wurden.

Eisenhower widmet vier Kapitel seines Buches der Schilderung dieser Operationen und sucht sie in tendenziöser Weise zu rechtfertigen. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, daß das einzige Resultat der Operationen auf Sizilien und des italienischen Feldzugs die Vergeudung kostbarer Zeit, der zwecklose Verlust von Menschenleben und Munition und die Inanspruchnahme gewaltiger Mengen von Schiffsraum waren, an dem es angeblich fehlte, um über den Ärmelkanal in Europa einzudringen. Zur Teilnahme an den Aktionen der italienischen Front wurden mehr als 500 000 Mann herangezogen. Diese Menge fiel glatt aus dem Gesamtkontingent der Truppen aus, die sich zum Eindringen in Frankreich vorbereiteten.

Entgegen den Behauptungen der englisch-amerikanischen führenden Militärs zwangen die Operationen in Italien die Deutschen nicht, auch nur eine einzige Division von der sowjetisch-deutschen Front dorthin zu werfen. Alle auf Drängen Churchills unternommenen Operationen auf dem Kriegsschauplatz am Mittelmeer waren Ergebnis eines Sonderplans, der eine endlose Verzögerung der Eröffnung der zweiten Front und die Durch-

führung einer „auf weite Sicht berechneten“ Politik vorsah, die den Zielen der Antihitlerkoalition diametral zuwiderließ.

Das Eindringen in Frankreich und die darauf folgenden Operationen an der Westfront schildert der Verfasser in elf Kapiteln seines Buches, wobei er die Operationen der Alliierten in allen Einzelheiten ausmalt und ihnen sowie sich selbst nicht vorhandene Verdienste zuschreibt.

Bestimmend für die strategische Gesamtlage war Mitte 1944, daß die militärische Macht des faschistischen Deutschland durch den dreijährigen Heldenkampf der Sowjetarmee erschüttert war. Wie die glänzenden Offensivoperationen der Sowjetarmee von 1943 und 1944 zeigten, legten die Sowjetstreitkräfte in ihrem Zweikampf mit der deutschen faschistischen Armee die Fähigkeit an den Tag, selbständig, ohne Unterstützung der englisch-amerikanischen Truppen, den Ausgang des zweiten Weltkrieges zu entscheiden.

Der verstorbene USA-Präsident Franklin Roosevelt erkannte das schon 1943, er gab in einem Gespräch mit seinem Sohn Elliot zu, daß, „so wie die Dinge in Rußland jetzt liegen, vielleicht eine zweite Front bis zum kommenden Frühjahr nicht mehr notwendig sein wird“.

Als den führenden Militärs der USA und Englands klar wurde, daß die Sowjetunion imstande ist, das faschistische Deutschland aus eigenen Kräften endgültig zu zerschlagen, es zu besetzen und die Aufgabe der Befreiung Europas vom faschistischen Joch zu lösen, da beeilten sie sich mit der Eröffnung der zweiten Front. Das ist die historische Wahrheit, die Churchill und seine Helfershelfer vom Schlag General Eisenhowers so emsig und so erfolglos zu fälschen versuchen.

Beim Eindringen zeigte sich das völlige Fehlen des sagenhaften Atlantikwalls, es zeigte sich, daß die Küste nur von einer dünnen, lückenhaften Kette deutscher Truppen geschützt wurde, die quantitativ und erst recht qualitativ unzureichend waren, um ernsthaften Widerstand zu leisten. Aber die Leitung der englisch-amerikanischen Truppen, an deren Spitze Eisenhower und Montgomery standen, wollte — der Churchilltaktik eines „billigen Krieges“ getreu — auch nach Eröffnung der zweiten Front nicht die Vorzüge ausnutzen, die ihr die durch die Siege der Sowjetarmee geschaffene strategische Lage bot. Die Gründe hierfür sind verständlich: die Politik, die auf eine Verzögerung der zweiten Front und auf absichtlich langsame Entwicklung der Operationen vom Herbst und Winter 1944 im Westen abzielte, erklärte sich aus der Strategie der reaktionären Kreise Englands und der USA, die bis zum Ende des Krieges Kurs auf allseitige Schwächung der Sowjetunion hielten.

Der Verfasser des Buches „Kreuzzug in Europa“ mixt auf vielen Dutzenden Seiten historische Tatsachen tendenziös zusammen. Er malt die militärischen Bemühungen der Alliierten und ihre strategische Meisterschaft in den schönsten Farben aus. Hier ein charakteristisches Beispiel seiner leeren Prahlelei:

„Die in drei Jahren erfolgte Umwandlung Amerikas aus einem Land, das einer furchtbaren Gefahr ausgesetzt war, in ein Land mit beispielloser militärischer Macht war eins der beiden Wunder, die Jodis Kapitulation in unserem Stab am 7. Mai 1945 herbeiführten. Das andere Wunder war die in dieser Zeit fast bis zur Vollkommenheit gediehene alliierte Leitung der Kampfoperationen.“ (S. 6.)

Bei derartigem Selbstlob geht es Eisenhower vor allem darum, seine eigene Person möglichst als „Retter Europas“ herauszustreichen. Liebenvoll schildert er seine persönliche Rolle im Kriege so, daß beim Leser der Eindruck erweckt wird, nur die unter seiner, Dwight Eisenhowers, Leitung durchgeföhrten Operationen gegen die deutschen Truppen hätten den Verlauf und den Ausgang des Krieges in Europa entschieden.

Der Wahrheit derart Gewalt anzutun, wurde Eisenhower selbstverständlich nicht so leicht. Dafür dienen ihm in seinem Autorenarsenal als wichtigste Mittel: Verschweigen (und wo das nicht möglich ist, Bagatellisierung) der entscheidenden Rolle der Sowjetunion bei der Zerschmetterung Hitlerdeutschlands; Überreibung der Erfolge der amerikanischen Streitkräfte (wie überhaupt alles Amerikanischen); das Bestreben, in der Öffentlichkeit nichts verlauten zu lassen, wo es sich um große strategische Fehler und Fehlberechnungen des englisch-amerikanischen Oberkommandos handelt; Mißbrauch der Superlative bei der Schilderung der von ihm geleiteten Operationen (Schläge von „furchterweckendster Stärke“, „glänzendste“ Gefechte, „höchste“ Kunst der Heerführung); Aufzählung von Schwierigkeiten, die der Gegner und die Natur bereiteten; höchstes Lob an die extremen Reaktionäre sowie Verleumdung und finsterer Groll gegen alles Demokratische, Fortschrittliche.

Der Verfasser findet in seinem Buch keinen Platz, um die ungeheuren Fehlschläge in der Planung und Führung von Operationen an der Westfront zu erwähnen, die die alliierte Leitung und ihr Oberbefehlshaber wiederholt verursacht haben. Diese Fehlberechnungen verdienen jedoch erwähnt zu werden.

Eins der beschämendsten Momente im amerikanischen Feldzug war der ergebnislose Versuch, mit einem Griff Brest zu nehmen. Größte Fehler und ungeschickte Führung der Operation durch General Patton bewirkten, daß trotz großer Verluste an Menschen und Material Brest erst

genommen wurde, als das nicht mehr notwendig war; die nahe gelegenen Orte St. Nazaire und Lorient konnten die amerikanischen Truppen überhaupt nicht einnehmen. Die dortigen Garnisonen ergaben sich erst Ende des Krieges von selbst.

Ein anderes Beispiel: wären die Operationen in der Normandie nur halbwegs mit Sachkenntnis geföhrzt, so hätten die Alliierten die dort stehenden deutschen Armeen aufreihen können. Durch Meinungsverschiedenheiten im Stab schlug die auf Einkreisung der deutschen Gruppierung westlich von Falaise abzielende Operation fehl (dort standen Truppenteile aus 9 Infanteriedivisionen, 4 Panzerdivisionen und 5 SS-Divisionen) Zwischen den britischen und den amerikanischen Truppen bildete sich wie auf Bestellung ein Korridor, durch den das deutsche Oberkommando die kampffähigsten Einheiten nach Osten abziehen konnte.

Wie bekannt, unternahmen die Hitlerfaschisten Dezember 1944, unter Ausnutzung der absichtlichen Langsamkeit des englisch-amerikanischen Oberkommandos, im Gebiet der Ardennen eine Offensive. Die deutschen Truppen durchbrachen die Front, rückten viele Dutzend Kilometer vor und versetzten die englisch-amerikanischen Truppen in eine kritische Lage.

Die Sowjetarmee half ihnen aus der Klemme. Ihren Verbündetenpflichten getreu, begann sie am 12. Januar 1945 eine Offensive an breiter Front, die von der Ostsee bis zu den Karpaten reichte. Ein guter Teil der deutschen Einheiten, die im Gebiet der Ardennen operiert hatten, wurde schleunigst nach Osten geworfen. Die Bedeutung dieser Winteroffensive der Sowjetarmee für die Alliierten wurde im Februar 1945 im Befehl des Genossen Stalin hervorgehoben, in dem es heißt:

„Die Erfolge unserer Winteroffensive haben vor allem dazu geführt, daß sie die Winteroffensive der Deutschen im Westen, die sich die Besetzung Belgiens und des Elsaß zum Ziel setzten, zum Scheitern gebracht ... haben...“

Das ist ein leuchtendes Vorbild für kämpferisches Zusammenwirken der Verbündeten, das die Sowjettruppen geliefert haben. Eisenhower findet in seinem dicken Buch keinen Platz, um diese äußerst wichtigen Operationen der Sowjettruppen vom Standpunkt des Zusammenwirkens der Ost- und Westfront zu würdigen. Zum erstenmal spricht er hierüber am Ende des Buches und kann die Bedeutung der Winteroffensive der Sowjetarmee von 1945 nicht totschweigen. Aber auch hier übergeht er die der ganzen Welt bekannte Tatsache, daß die Kampfhandlungen der Sowjettruppen die Ardennenoffensive der Deutschen unterbunden hatten. Damit nicht genug, entstellt Eisenhower die Tatsachen und macht sogar vor

direkter Verleumdung der Sowjetarmee nicht hält. Allein schon folgende Äußerung spricht Bände:

„Das Zusammenwirken mit den Sowjetstreitkräften war leider nicht so eng. Ihre Streitkräfte waren von denen der westlichen Alliierten geographisch weit entfernt... Wenn dies Land so fest in die allgemeine Sache hätte eingeflossen werden können wie die andern, dann wäre der Sieg wahrscheinlich dennoch früher erungen worden, und der Friede hätte auf zuverlässiger Grundlage beruht.“ (S. 493.)

Diese schamlose Geschichtsfälschung braucht Eisenhower, weil er heute einen neuen Krieg — einen Krieg gegen die Sowjetunion predigt, die die Welt vor der Nazipest gerettet hat. Er beteiligt sich persönlich an der Vorbereitung eines neuen Krieges und hat vor kurzem wieder den Gelehrtenrock mit dem Waffenrock eines Generalstäbels vertauscht. Auch in dem vorliegenden Buch predigt Eisenhower einen Antisowjetkrieg. Das letzte Kapitel mit der Überschrift „Rußland“ ist im Grunde ein Aufruf zur Organisierung eines Aggressionskriegs gegen die Sowjetunion. Der Churchillschüler zeigt, daß er seines Lehrers würdig ist, nicht nur auf dem Gebiet der Verleumdung und der Geschichtsfälschung, sondern auch in dem bestialischen Haß gegen die Demokratie und den Sozialismus.

Eisenhower verleumdet schamlos die Sowjetunion und schürt nach Kräften die antikommunistische Hysterie. Er ruft zu einem Kreuzzug gegen den Kommunismus auf, der „an die Armen,

Hungrigen und Unterdrückten appelliert ... und eine Offensive entfalten kann, gegen die mit der Waffe nichts auszurichten ist“ Er hat eine Todesangst davor, daß „die öffentliche Unzufriedenheit sich zur Revolution auswachsen“ könnte. (S. 520.)

Eisenhower, der in Churchills Fußstapfen tritt, fordert eine „föderative Weltregierung“, die dadurch notwendig geworden sei, daß „die Welt jetzt für die strengen Auffassungen der nationalen Souveränität zu klein ist“ (S. 520). Dieser Aufruf zur Vernichtung der Freiheit der Völker und der Unabhängigkeit der Staaten zielt direkt auf Schmiedung antidemokratischer und antisowjetischer Blocks und auf Untergrabung der UNO ab. Eisenhower als treuer Diener der Wall Street, der bestrebt ist, eine Weltherrschaft der USA-Monopole aufzurichten, predigt eine Politik grober Gewalt, eine Politik des Wettrüstens.

Der Verfasser des „Kreuzzugs in Europa“ schrieb sein Buch in dem brennenden Wunsche, sich vor seinen „Bossen“ auszuzeichnen, die abenteuerliche Feldzüge planen. Diese „Bossen“ — englische und amerikanische — schätzen sein Buch sehr und haben gute Reklame dafür gemacht. Aber keine Reklame kann diese Fälschung in den Augen der demokratischen Öffentlichkeit retten. Die böswillige Propaganda Eisenhowers wird entschieden zurückgewiesen werden von den einfachen Menschen der ganzen Welt, auch von denjenigen, denen der Verfasser sein Buch in blasphemischer Weise widmet — den alliierten Soldaten, Matrosen und Fliegern.

14. April

Der Kongress des Speicher- und Transportarbeiterverbands der USA-Westküste (International Longshoremen's and Warehousemen's Union) verurteilt in einer Resolution die Führung des Kongresses der Industrieverbände (CIO) wegen ihres Austritts aus der Weltföderation der Gewerkschaften.

15. April

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ratifiziert die am 18. August v. J. in Belgrad unterzeichnete Konvention über das Schiffsverkehrsregime auf der Donau.

16. April

In Budapest wird ein ungarisch-tschechoslowakischer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe unterzeichnet.

19. April

Eröffnung des X. Kongresses der Sowjetgewerkschaften in Moskau. Den Rechenschaftsbericht erstattet W. W. Kusnezow, Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion (WZSPS).

Die Sowjetpresse veröffentlicht einen vom Ministerrat der UdSSR und vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) beschlossenen Dreijahrsplan für die Entwicklung der gesellschaftlichen Nutzviehzucht der Kollektivwirtschaften und der Sowjetwirtschaften.

Der USA-Kriegsminister K. Royall reicht sein Rücktrittsgesuch ein.

Noten Englands und der USA, in denen Rumänien unbegründet der Verletzung des Friedensvertrags beschuldigt wird, werden von der rumänischen Regierung als Versuch ungesetzlicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rumäniens aufs entschiedenste zurückgewiesen.

20. April

In Paris wird der Weltkongress der Friedensanhänger eröffnet. Gleichzeitig beginnt in Prag eine Tagung aller Delegierten zum Weltkongress, denen die französische Regierung die Einreisevisen nach Frankreich verweigert hat.

Die Sowjetpresse veröffentlicht einen Aufruf des Antifaschistischen Frauenkomitees der Sowjetunion an den UNO-Generalsekretär Trygve

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

April 1949

Lie zur Frage des faschistischen Terrors in Spanien. Die Frauen der Sowjetunion fordern, daß die UNO dringendste und energischste Maßnahmen trifft, um die zum Tode verurteilten spanischen Demokraten zu retten.

Die Provisorische Demokratische Regierung Griechenlands richtet an die UNO-Vollversammlung, den Weltkongress der Friedensanhänger und die Demokraten aller Länder einen neuen Appell, in dem sie die Einstellung des Bürgerkriegs in Griechenland fordert. Die Provisorische Demokratische Regierung macht der Athener Regierung erneut den Vorschlag, die Kampfhandlungen einzustellen und zu einer Einigung zu gelangen.

21. April

Veröffentlichung von Begrüßungsschreiben, die anlässlich des vierten Jahrestages des sowjetisch-polnischen Vertrags über gegenseitige Freundschaft, Hilfe und Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit zwischen J. W. Stalin, dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, und J. Cyrankiewicz, dem Vorsitzenden des Ministerrats der Polnischen Republik, sowie den Außenministern A. J. Wyschinski und S. Modzelewski gewechselt wurden.

Zum dritten Kongress der Koreanischen Gesellschaft für Kulturverbindungen mit der Sowjetunion reist eine Delegation sowjetischer Kulturschaffender aus Moskau nach P-hjöng-jang ab; die Delegation wird von I. A. Kairow, dem Präsidenten der RSFSR-Akademie für pädagogische Wissenschaften, geführt.

Maotsetung, der Vorsitzende des Volksrevolutionären Kriegskomitees Chinas, und Tschuteh, der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee, geben Befehl zur Offensive, da die Kuomintangregierung das Friedensabkommen abgelehnt hat, das von Delegationen der Kommunistischen Partei und der Kuomintang

tangregierung ausgearbeitet wurde. Die Truppen der Volksbefreiungsarmee überschreiten den Jangtse.

Zweihundertneunzehn Professoren, Schriftsteller, Schauspieler und andere progressive Persönlichkeiten des Gebiets Schanghai-Nanking veröffentlichen ein Manifest, mit dem sie den Weltkongress der Friedensanhänger begrüßen und die Politik der amerikanischen Kriegsbrandstifter scharf verurteilen.

Präsident Truman nimmt das Rücktrittsgesuch des USA-Kriegsministers K. Royall an; Royall verläßt seinen Posten am 27. April.

22. April

In Tokio findet der Gründungskongress der Gesellschaft für japanisch-sowjetische Freundschaft statt. Die Tagung nimmt das Statut der Gesellschaft an und schickt Begrüßungsschreiben an den X. Kongress der Sowjetgewerkschaften sowie den Weltkongress der Friedensanhänger.

23. April

Veröffentlichung einer Mitteilung der Zentralen Statistischen Verwaltung beim Ministerrat der UdSSR über die im 1. Vierteljahr 1949 erzielten Ergebnisse in der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion. Der erweiterte Bruttonproduktionsplan der gesamten Sowjetindustrie wurde zu 100,2 Prozent erfüllt; die Bruttonproduktion der gesamten Industrie überstieg die des 1. Vierteljahrs 1948 um 23 Prozent; der Umfang aller Kapitalbauten betrug im Vergleich zum 1. Vierteljahr 1948 136 Prozent.

Der X. Kongress der Sowjetgewerkschaften billigt die politische Linie und die praktische Tätigkeit des Zentralrats und bestätigt den Rechenschaftsbericht der Revisionskommission.

Nanking wird von den Truppen der Volksbefreiungsarmee eingenommen. Flucht der Kuomintangregierung.

24. April

Im Pariser Buffalostadion findet eine von einer halben Million Menschen besuchte Kundgebung zum Schutz des Friedens statt.

VERLAGSANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR POLITISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

K. MARX/F. ENGELS — *Ausgewählte Werke in zwei Bänden.*

Band I. 636 S., Rbl. 12,—
Band II. 516 S., Rbl. 12,—

J. STALIN — *Über die Grundlagen des Leninismus. Zu den Fragen des Leninismus.* 160 S., Rbl. 2,—

N. G. TSCHERNYSCHEWSKI — *Ausgewählte ökonomische Werke.* Herausgegeben von I. D. Udalzow. Band III. Teil 2. 772 S., Rbl. 14,—

N. A. DOBRÖLJUBOW — *Ausgewählte philosophische Werke.*

Mit einem Vorwort herausgegeben von M. T. Iowtschuk.

Band I. 584 S., Rbl. 10,—
Band II. 584 S., Rbl. 10,—

G. W. PLECHANOW — *Sozialismus und politischer Kampf. Unsere Differenzen.* 404 S., Rbl. 7,50

D. I. TSCHESNOKOW — *Herzens Weltanschauung.* 368 S., Rbl. 7,—

W. SWETLOW und T. OJSERMAN — *Die Entstehung des Marxismus — ein revolutionärer Umsturz in der Philosophie.* 112 S., Rbl. 1,50

I. S. TSCHIGAREW — *Die Partei der Bolschewiki, die Organisatorin der UdSSR.* 164 S., Rbl. 2,—

J. A. DUNAJEWA — *Die Zusammenarbeit der Nationen in der UdSSR.* 196 S., Rbl. 3,—

I. K. LEBEDJEW — *Die Bolschewiki Lettlands im Kampf für die Entwicklung der Industrie.* 136 S., Rbl. 1,75

L. KARASSEWA — *Die Frau in den Kollektivwirtschaften — ein großer Kraftfaktor.* 68 S., Rbl. —,75

STAATSVERLAG FÜR GEOGRAPHISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

T. W. WLASSOWA — *Ungarn. Physikalisch-geographische Beschreibung.* 168 S. Mit Karten. Rbl. 3,20

W. P. GRITSCHUK und J. D. SAKLINSKAJA — *Analyse fossiler Pollen und Sporen und ihre Anwendung in der Paläogeographie.* Herausgegeben von K. K. Markow. 224 S., Rbl. 6,—

Neue Forstungsmethoden der historischen Geographie anhand der Pollen und Sporen von Pflanzen früherer geologischer Epochen.

A. M. GUSSEW — *Der Elbrus.* 70 S., Rbl. 1,10
Populäre Geschichte der Besteigung und Erforschung des höchsten europäischen Berges durch russische Alpinisten.

N. SUBKOWA — *Die Aléuten. Physikalisch-geographischer Abriß.* (Serie „Aufzeichnungen der Geographischen Gesellschaft der Sowjetunion“.) 288 S., Rbl. 11,50

G. MANISER — *Die Brasilien-Expedition des Akademiemitglieds G. I. Langsdorf.* (Serie „Aufzeichnungen der Geographischen Gesellschaft der Sowjetunion“.) 180 S., Rbl. 6,90

Zum erstenmal veröffentlichtes Werk über die erste russische Brasilien-Expedition 1821—1828.

M. MURSAJEW — *Auf unerforschten Wegen. Aufzeichnungen eines Geographen.* 224 S., Rbl. 5,50

Unterhaltende wissenschaftliche Schilderung über die Reisen eines Sowjetgeographen in wenig erforschten Gebieten Innereiasiens.

P. S. ROTOTAJEW — *Die Bezwigung der Uschba.* 132 S. Mit Karten. Rbl. 1,90

Populäre Beschreibung der Besteigung und Erforschung des schwierigsten Gipfels der Kaukasischen Bergkette durch russische Alpinisten.

DIE ARBEITEN DER ZWEITEN GEOGRAPHISCHEN UNIONSKONFERENZ.

Band I. 390 S. Mit Karten. Rbl. 13,50

Band II. 474 S. Mit Karten. Rbl. 16,50

Die offiziellen Dokumente der Konferenz und die Referate, die in den Plenarsitzungen der Sektion für physikalische Geographie gelesen wurden.

R. FRAJERMAN und P. SAJKIN — *Die Seereisen W. M. Golownins.* Herausgegeben von N. N. Subbow. (Serie „Russische Weltreisende“.) 120 S., Rbl. 1,90

Beschreibung der Weltreisen des hervorragenden russischen Seefahrers mit der „Diana“ (1807—1811) und mit der „Kamtschatka“ (1817—1819).

L. K. TSCHUKOWSKAJA — *N. N. Mikluchko-Maklai.* (Serie „Russische Weltreisende“.) 70 S., Rbl. 1,15

Leben und Reisen des hervorragenden russischen Gelehrten, der Neuguinea, die Malakka-Halbinsel und Ozeanien in den Jahren 1871—1883 erforschte und der die menschenfeindlichen und pseudowissenschaftlichen bürgerlichen Theorien über die Ungleichheit der verschiedenen Rassen wissenschaftlich entlarvte.

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEIN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALITÄTEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.